

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 201.

Freitag, den 28. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Österreich und der Balkan.

Dr. P. Wien, 25. August.

Als vor gerade dreißig Jahren österreichische Truppen Bosnien und die Herzegovina besetzten, da schwebte Habsburg wohl die Erinnerung vor an die verlorenen italienischen Provinzen, für die da unten nun Ersatz gefunden war, die Erinnerung auch an die ehemalige Stellung in Deutschland; und es gab außer der Dynastie noch viele Ideologen, die glaubten, daß Österreich nun auf dem Balkan die Vormacht werde, daß es eine Kulturmission zu erfüllen haben werde. Die letzten Ereignisse haben wieder allen zum Bewußtsein gebracht, wie wenig Österreich diese Kulturmission erfüllt hat. Wohl hat die österreichische Verwaltung den okkupierten Provinzen manchen wirtschaftlichen Vorteil gebracht, hat dort wirklich die türkische Wirtschaft abgeschafft und Frieden und Ordnung in diese verwüsteten Gegenden getragen. Hier stock' ich schon... Österreich hat diesen Provinzen nicht einmal die primitivste Selbstverwaltung gegeben. Zwar wurde jetzt doch schon dem Oberamt der katholischen Hierarchie einigermaßen Einhalt getan, die sich dort anfangs als Herrin aufspielte und durch unverschämte Professoren-macherei Orthodoxie und Mohammedaner gleichermaßen gegen Österreich aufstekte. Aber sonst herrscht noch der nackteste Absolutismus. Sind doch Rechtspflege und Verwaltung auf der untersten Stufe noch nicht einmal getrennt, die Bureaucratie steht unter militärischem Kommando und weder entscheidet ein Landtag über die Verwaltung und Gesetzgebung im Lande, noch haben auch nur die Gemeinden einen Schein von Autonomie. Auf energische Wäremepelungen in der Delegation, die sowohl von sozialdemokratischer als von kroatischer Seite ausgingen, berief sich der Minister für Bosnien auf die „Unreise der Bevölkerung für eine Konstitution, sagte aber zu, zunächst mit der Gewährung der Gemeindeautonomie zu beginnen und dann „allmählich“ bis zu einem Landesparlament anzufertigen. Die türkische Revolution wird auch da ihre Wirkungen haben, und das ist auch der Grund, warum man im österreichischen Auswärtigen Amt den Sieg der Revolution, der die russisch-englischen Ententien und ihren Erfolg brachte, also Österreich nur gelegen kam, doch mit einigermaßen bitteren Gefühlen registrierte, wozu noch kommt, daß man allen Grund hat zu fürchten, daß eine erkrankte Türkei die Rückgabe der staatsrechtlich ihr gehörigen Provinzen anstreben könnte. Man wird, so sehr man sich auch sträubt, den Bosniaken, deren Volksgenossen nun nicht nur in Kroatien und Serbien, sondern auch schon in der Türkei „reif“ sind, nicht lange mehr eine Konstitution vorenthalten können. Und wenn die ungarische Regierung aus innerpolitischen Gründen jetzt die Komodie der Aufdeckung einer angeblichen großserbischen Verschwörung inszeniert hat, deren Fäden vom Konak des serbischen Königs über Bosnien nach Kroatien und Dalmatien laufen sollen, so mag das ihrer Politik in Ungarn vielleicht nützen; in seinen Beziehungen zur bosnischen Frage ist das aber nur ein Argument mehr für die rasche Beschaffung eines bosnischen Parlamentes.

Noch weniger hat Österreich seine Hoffnungen auf eine Vormachtstellung auf dem Balkan erfüllt gesehen. Man mag es der österreichischen auswärtigen Politik als Verdienst anrechnen, daß sie jeden Gedanken imperialistischer Abenteuer auf dem Balkan von sich wies, so sehr auch manche Patrioten immer, namentlich aber während des russisch-japanischen Krieges mit der Idee eines Vormarsches nach Saloniki spielten. Andererseits zeugt es nur wieder von der traditionellen Unfähigkeit der österreichischen auswärtigen Minister, daß der Bau der Sandshakbahn, der wirklich einem österreichischen Bedürfnisse entspringt, just dann begonnen wurde, als der richtige Zeitpunkt hierzu — eben die Machtlosigkeit des russischen Rivalen — schon verpaßt war. Daß Österreich nicht die erste Macht auf dem Balkan ist, daß es als der Feind, nicht als der Schützer der Balkanvölker gilt, das ist ein Verdienst, in das sich zu gleicher Zeit die Unfähigkeit der inneren wie der auswärtigen Politik des Staates teilen. So leicht wäre es, das beste Einvernehmen mit den Balkanstaaten zu erzielen, wenn Österreich nur endlich sein wirkliches wirtschaftliches Interesse erkennen wollte, wenn es sich endlich von der seine Volkswirtschaft wie seine Machtstellung schädigenden agrarischen Politik lossagen wollte. Österreich ist heute bereits ein Industriestaat, in dem nur der kleinere Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist — und selbst von diesem Teil hat wieder nur ein kleinerer Teil ein Interesse an teurem Getreide und Fleisch. Die Majorität des Parlamentes ist — wie sich gleich nach dem Zusammentritt des neuen Volkshauses in der Abstimmung

über die sozialdemokratischen Anträge gegen die Lebensmittelsteuerung gezeigt hat — nichtagrarisch. Trotzdem sind in unserer inneren und auswärtigen Politik die Wünsche der Agrarier maßgebend. Der ehemals blühende Export nach den Balkanstaaten wurde schon in den achtziger und neunziger Jahren geschädigt, da die Agrarier die Absperrung der Grenzen gegen den Balkan durchsetzten. Trotzdem ist noch immer der Balkan das wichtigste Absatzgebiet für unsere Industrie. Im Jahre 1905 hatte unsere Ausfuhr nach dem Balkan einen Wert von 252 Millionen Kronen, d. i. 11½ Proz. unserer gesamten Ausfuhr. In kein Land — außer nach Deutschland — werden aus Österreich so viele Waren ausgeführt wie nach den Balkanstaaten.

Wie mutwillig unser Verhältnis zu den Balkanvölkern vergiftet wird, zeigt das Verhalten gegenüber Serbien und ganz besonders die Behandlung des serbischen Handelsvertrags. Ehemals war Serbien der Bundesgenosse Österreichs auf dem Balkan. Allerdings beging Österreich damals die bodenlose Dummheit, mehr die Freundschaft mit dem etwas anrühmigen König der Serben, Milan, zu pflegen als mit dem serbischen Staat, und als der dicke Milan sein Land verlassen mußte, da hatte Österreich das Nachsehen. Ebenso begeht es jetzt die Dummheit, den König Peter zu brüskieren und dadurch die Serben von sich zu stoßen, die nun einmal in dem Thronerwerb durch Königsmord nicht etwas gar so Schreckliches sehen wollen. Statt aber durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zum serbischen Volke dieses auch politisch wieder für sich zu gewinnen, hat man im Interesse unserer Fleischwucherer vor zwei Jahren einen Zollkrieg mit Serbien begonnen, der gewiß den serbischen Viehzüchtlern viel Schaden zugefügt hat, einen größeren Schaden aber noch unserer Industrie, den diese nur dank der damaligen Hochkonjunktur überhaupt zu überstehen vermochte. Nun ist zwischen den beiden Regierungen ein Handelsvertrag vereinbart worden, der geradezu eine Preisgebung unserer Industrie an die Agrarier bedeutet. Danach darf lebendes Vieh aus Serbien überhaupt nicht mehr eingeführt werden, sondern nur geschlachtetes Fleisch, und zwar im Höchstausmaß von 35 000 Rindern und 70 000 Schweinen. Dafür werden auch die meisten Waren, die die österreichische Industrie in Serbien absetzt, 20 bis 40 Prozent mehr an Zoll zu entrichten haben, als vor dem Zollkriege. Nur dadurch, daß der Vertrag dem unerträglichen Zollkriege ein Ende macht, und der im Zeichen der Krise stehenden Industrie wenigstens die Möglichkeit eines beschränkten Absatzes gewährt, ist er für die Industrie überhaupt annehmbar. Wie dringend unsere Industrie diesen serbischen Markt braucht, geht daraus hervor, daß im Jahre 1905, dem letzten vor dem Zollkriege, unsere Ausfuhr nach Serbien einen Wert von 31 Millionen Kronen hatte, davon die Textilindustrie allein 6 Millionen, die Konfektionsindustrie 2 Millionen Kronen. Dieser Export hat dann durch den Zollkrieg fast vollständig aufgehört. Nun hat die Regierung vom Parlament die Ermächtigung bekommen, den Vertrag provisorisch abzuschließen. Über obwohl die serbische Skupschtina nach heftigen Kämpfen den Vertrag angenommen hat, ist es dem Drucke, den die agrarischen Korporationen auf die Regierung ausübten — wobei sie von dem christlichsozialen Minister Ebenhoch unterstützt werden — gelungen, die Inkraftsetzung des Vertrages zum 1. September zu verhindern, obzwar der Minister des Auswärtigen sich sehr für den Vertrag einsetzte. Nun sehen die Industriellen wieder eine Saison verloren und so sind sie endlich aus dem Schlafe, in den sie sich von den Agrariern hätten einlassen lassen, erwacht und bestürmen die Regierung, den Vertrag abzuschließen. Die Regierung will es wieder mit einem ihrer bewährten Kompromisse versuchen. Der Vertrag soll nicht am 1. September, aber noch vor dem Zusammentritt des Parlaments, den 3. November, in Kraft treten, das heißt, die Industriellen sollen eine Scheinkonzession erhalten, die ihnen aber nichts nützt, da bis dahin der serbische Frühjahrsbedarf anderswo gedeckt ist. Andererseits möchte die Regierung die nichtagrarische Majorität des Parlaments nicht herausfordern, und sie rechnet darauf, daß sich die Vertreter der Industrie dann in ihrer gewohnten Feigheit schon besänftigen lassen werden. Aber die Interessen der Industrie sind hier auch die Interessen der industriellen Arbeiterklasse und so hat die Rechnung der Regierung ein Loch. Die Regierung wird Rede stehen müssen, warum sie die Interessen des Staates in so flagrant Weise dem Profit der Agrarier opferte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Preussische Wirtschaft.

Wenn man früher ein mildes Lohwabobu, eine sinn- und zwecklose Vergeudung von Kräften treffend kenn-

zeichnen wollte, so pflegte man diesen Zustand als polnische Wirtschaft zu benennen. Jetzt geht das nicht mehr an, denn die preussische Wirtschaft in den polnischen Landesteilen charakterisiert heute eine solche Situation viel treffender.

Hunderte von Millionen sind zu Ansiedlungszwecken verschleudert worden, alle möglichen „Germantierungsversuche“ wurden gemacht. Zu denselben Zwecken treten Enteignungsgesetz und Reichsvereinsgesetz Menschenrechte mit Füßen. Aber jedes offizielle Dokument aus Ostelbien, jede statistische Erhebung bringt zum Sammer der Haka-tisten den Beweis, daß man trotz des rührenden Eifers um die Sache des Deutschtums immer wieder vor dem blanken Nichts steht. In den „nationalen“ Blättern flammt dann stets heilige Entrüstung auf, daß die „polnischen Heher“ weiter ihre Wählerarbeit verrichten, und die Polizei ist eifrig auf der Suche nach Geheimbünlern und Aufreizern, die den Erfolg der deutschen Sache vereiteln. Diese ahnungslosen Engel! Daß es die preussische Regierung selber ist, bei der sich die Polen zu bedanken haben, darauf kommen die Braven nicht.

Soeben klagt der Regierungspräsident in D p p e l n über die mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache bei der heranwachsenden Jugend. In einem Erlaß an die Schulbehörden konstatiert er diese Tatsache, die besonders in den Fortbildungsschulen zutage getreten sei, und führt aus, es fehle an mündlicher und schriftlicher Ausdrucksfähigkeit, was ein mangelndes Verständnis für den beruflichen und fachlichen Unterricht zur Folge haben müsse. Daß diese Behauptungen des Herrn Regierungspräsidenten über die geringe Kenntnis der deutschen Sprache der Wirklichkeit entsprechen, zeigen deutlich schulstatistische Erhebungen über die Familiensprache der Volksschüler in Preußen, die ein Herr Menzel im Tag veröffentlicht. Während 1891 von allen preussischen Volksschülern 11,62 Prozent polnisch, 10,06 nur polnisch und 1,56 Prozent polnisch und deutsch sprachen, waren die entsprechenden Zahlen für 1906 13,21, 10,90 und 2,31 Prozent. Hinzukommt, daß man diejenigen Kinder, die beide Sprachen sprechen, nur zum kleinsten Teile vom Deutschtum in Anspruch genommen werden können, da die nur polnisch redenden Kinder ja ebenfalls prozentual gestiegen sind. Das interessanteste ist dabei nun, daß gerade im letzten Jahrzehnt, von 1901 bis 1906, die stärkste Zunahme polnisch redender Schüler aufweist, obwohl doch gerade in dieser Periode die preussische Polenpolitik sich am meisten anstrengte. Die tiefere Ursache für alle diese Erscheinungen gibt nicht die polnische „Karnickelwirtschaft“, sondern das ostelbische Schuleland mit seinem ganzen Sammer. Man sehe sich zunächst die ungläubliche Ueberfüllung der Schulklassen an! In Westpreußen wurden 1901 22 Prozent aller Schüler in überfüllten Klassen unterrichtet, und prompt stieg von 1901 bis 1905 hier die Zahl der nur polnisch redenden Kinder von 36,56 auf 38,58 Prozent. Im Regierungsbezirk D p p e l n, woher ja der Rotschrei des Herrn Regierungspräsidenten kommt, saßen 1901 nicht weniger als 47,24 Prozent aller Kinder in überfüllten Klassen, so daß im folgenden Jahrzehnt die Zahl der nur polnisch redenden Schüler von 55,41 auf 56,74 Proz. anwuchs. Mit dem Lehrermangel hängen diese Dinge ja aufs engste zusammen. Hunderte von Lehrern fehlen in den ostelbischen Provinzen infolge der glorreichen „Kultur“-politik der preussischen Regierung. Erst in diesen Tagen wurde allein aus dem Schulaufsichtsbezirk Wilkowo in Posen gemeldet, daß für sieben freie Lehrerstellen kein Ersatz beschafft werden konnte und bis zum 1. März 1909 auch nicht gefunden werden kann. Selbst in den Städten sind solche Kulturbilder an allen Ecken und Enden zu finden. In G n e s e n gibt es in den katholischen Schulen 46 Klassen, die von 36 Lehrern Unterricht bekommen. In erster Linie kommen dabei natürlich polnische Schüler in Frage.

Wenn man also über die mangelhaften Fortschritte des Deutschtums und der deutschen Sprache in Ostelbien Schmerzen hat, so möge man sie in den Büfen des preussischen Kultusministers schütten. Der allein könnte helfen, wenn nicht das preussische Junkertum die schulfelbische Fuchtel über ihn schwingen würde.

Die Hand weg!

Die Junker sind bereit, das letzte Hemd auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern — wenn es sich nicht um ihr eigenes handelt. So sagt das Organ Knuten-Dertels:

Wenn man sagt, daß die Reichsfinanzreform ein Kompromiß sei, bei dem auch die Agrarier Zugeständnisse machen müßten, so ist das bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Agrarier dürften auch bereit sein, auf manchem anderen Gebiete Zugeständnisse zu machen, soweit sie möglich und nötig sind. Aber was die Ausdehnung der Erbschaftsteuer anlangt, so muß es hier heißen: Die Hand weg! Hier sind Zugeständnisse unmöglich, weil es sich, wie wir oft darlegten, nicht um Zweckmäßigkeitsfragen, sondern um Grundfrage handelt.

Agrarischer Grundgedanke ist es, aus den anderen Bevölkerungsklassen so viel als möglich herauszuquetschen, um einen Teil davon den Junkern teils offen, teils verdeckt als Liebesgabe zuzuführen. Ihrerseits Opfer zu bringen, fällt der Junkerkasse absolut nicht ein, lieber drohen sie mit einer Revolution ihrer monarchistischen Gesinnung, deren Tiefe sich bekanntlich nach der Höhe der Vieh- und Getreidezölle richtet.

„Solidarität der Industrie und der Landwirtschaft.“

Unter dieser Stichmarke teilt die „Ostpreussische Ztg.“ folgendes mit:

„Der Industrie des Westens ist der Arbeitermangel im Gebiete der ostpreussischen Landwirtschaft sehr genau bekannt; sie weiß, wie schwer gerade die ärmeren Teile unserer Provinz unter dem Mangel landwirtschaftlicher Arbeiter leiden. — Trotzdem trägt die mit riesigen Gewinnen arbeitende Industrie des Westens keine Bedenken, durch Versprechungen weitgehender Art und durch Provisionen an Vermittler — besonders Gastwirte — der Provinz Ostpreußen ihre ländlichen Arbeiter zu entziehen. — Uns liegt ein Plakat der „Zeche Victor“ bei Dortmund vor, welches sich an die landwirtschaftlichen Arbeiter wendet und sie zur Übersiedelung nach Westfalen auffordert. Dieses Plakat, das in vielen Gastwirtschaften, beispielsweise des Kreises Ortelsburg, zu finden ist, hebt noch besonders hervor: „Die Zeche weiß, daß sehr viele Familien später freiwillig nachziehen werden, wenn erst die Briefe der Zugewogenen angekommen sind.“ In einer „streng vertraulichen“ Anlage wird dem Vermittler von Übersiedelungen für jede einzelne eine Vergütung von drei Mark geboten. — Ein ähnliches Vorgehen seitens der bekannten Zeche „Hibernia“ wurde von einem konservativen ostpreussischen Herrenhausmitglied vor anderthalb Jahren im Herrenhause zur Sprache gebracht. Uns fehlen parlamentarisch zulässige Ausdrücke zur Kennzeichnung solcher Vorgänge. — Wir würden es unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht verdenken, wenn sie angesichts solcher Tatsachen künftig auf eine weitere Unterstützung unserer Industrie auf volkswirtschaftlichem Gebiete verzichten sollte.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht in dieser Mitteilung eine Rechtfertigung des Zweifels daran, daß eine namhafte Zahl von früheren Industriearbeitern jetzt brotlos sei. „Wenn“, fügt sie hinzu, „die westdeutschen Zechenbesitzer schon solcher Mittel sich bedienen müssen, um Arbeiter aus dem Osten heranzuziehen, so kann von einer Arbeitslosigkeit in großem Umfange nicht die Rede sein.“

Die Wahrheit ist, daß die Zechenbesitzer trotz der tatsächlich enormen Arbeitslosigkeit immer neue Arbeitermassen heranziehen, um den Druck auf die organisierte Arbeiterschaft zu vermehren.

Lehrerbildung und Gesinnungsdrill.

Aber die politische Bevormundung der Seminaristen schreibt die „Preussische Lehrerzeitung“:

Die Seminaristen der ersten Klasse, die ja zumeist im 20. Lebensjahr stehen, sind, wie es scheint, noch nicht reif für das Lesen liberaler Zeitungen. „Kreuzzeitung“ und konservative Kreisblätter möchten schon von ihnen verstanden werden. Aber das Gift liberaler Zeitungen wirkt meist für jene jugendlichen Gestalten tödlich oder erzeugt doch wenigstens unfehlbar ein chronisches Leiden. Das Vaterland verteidigen, das können sie wohl schon; aber liberale Zeitungen lesen — ja, Bauer, das ist etwas anderes. Wer zu diesen Ansichten ungläubig den Kopf schütteln sollte, lese, was Schulrat a. D. Polack in der Juli-Nummer der „Päd. Warte“ über „Sittungs- und Rehr Nachfolger in Erfurt“ schreibt. Polack besuchte einst seinen Suzirend, den damaligen, sicher sehr verdienten Seminarleiter S. in Erfurt. Ein Seminarlehrer tritt ein. Er hatte einen „selbstbewußten Burjchen“ — gewöhnlich heißt dieser: Seminarist erster Klasse — beim Lesen einer liberalen Zeitung angetroffen und zeternd nun: „Was hat so ein junger Laffe mit Politik zu tun! Das gib! später nur die Schreier unter den Lehrern!“ Der Direktor ließ den Missäter rufen. „Woher haben Sie die Zeitung?“ Von der Mutter meiner Privatsekretärin.“ „Warum lesen Sie das Blatt?“ „Man möchte als zwanzigjähriger Mensch doch wissen, was in der Welt vorgeht!“ „Na, das werden Sie noch früh genug erfahren! Aber ich will Ihnen keine Watte in die Ohren stopfen und keinen Mantel anhängen. Es hat aber alles seine Zeit. Jetzt ist für Sie die Zeit des Lernens und nicht die Zeit des Erntens unreifer Früchte. Sie suchen hier doch eine geistige, sittliche, ästhetische und nationale Bildung. Von all dem bietet eine solche Zeitung nur wenig, ja sie fördert die Harmonie der Bildungseinflüsse und vertritt sich mit unsern Bildungsbestrebungen wie Hund und Katz. Allzu früh wirkt sie in Ihre Seele den Feuerbrand des Konflikts, und das möchten wir verhindern.“ Polack erzählt: Ungetadelt und unbefragt ging der Seminarist fort, ob überzeugt, weiß ich nicht. Polack äußert dem geistlichen Seminarleiter dann noch verständige Gegengründe: „Das Zeitunglesen junger Leute hat zweifellos seine Gefahren, aber eine größere Gefahr sehe ich in der wünschlichen Abschließung der künftigen Lehrer von dem flutenden Strom der Zeitgedanken und Zeitereignisse. ... Rechtzeitig muß der junge Mann mit den Strömungen bekannt und mit den Waffen zum Kampfe ausgerüstet werden. Tritt der junge Lehrer ohne diese Ausrüstung in das öffentliche Leben, so verfällt er leicht einer Partei und meist einer radikalen, weil die am ausdrücklichsten sind (!) und dem kühnen Strebedrang der Jugend am meisten entsprechen.“ Und dann klagt P., daß er selbst als junger Leser durch eine freisinnige Zeitung und die damals radikale Gartenlaube in Anspruch und ins Schwanken geraten sei. Und der Seminarleiter konzediert: „Ich würde nichts dagegen haben, wenn ein besonderes Lesekabinett für die erste Klasse eingerichtet und zwei gemäßigte politische und zwei gemäßigte pädagogische Zeitungen dafür gehalten würden.“ Sie müßten nur von Mitgliedern des Lehrerkollegiums interpretiert werden. Die Lehrerzeitung exemplifiziert auf Bayern, wo der Nachweis zwingend geführt werden

kann. Die bayrischen Lehrerseminare werden der großen Mehrzahl nach von geistlichen Herren geleitet, die peinlich auf „approbierte“ Lektüre halten. Sobald sich die Pforten des Seminars schließen, treten sofort 99 ... Prozent der jungen Kollegen in den so arg verpönten und bitter bekämpften „Bayrischen Lehrerverein“ ein. Wenn schon liberale Zeitungen als Gift für Seminaristen gelten, so kann man sich denken, wie groß das Entsetzen sein würde, wenn ein Seminarist das Verlangen nach der Lektüre eines sozialdemokratischen Blattes äußern sollte. Die ganze Internatensituation, wie sie in der großen Mehrzahl der Seminare eingeführt ist, hat nur den einen Zweck, den schäbigsten Gesinnungsdrill systematisch zu betreiben. Die Folge davon ist, daß die Lehrer „dem flutenden Strom der Zeitgedanken und Zeitereignisse“ weisfremd gegenüberstehen und sich für Zwecke mißbrauchen lassen, die ihren eigenen Interessen in verhängnisvoller Weise schaden.

Die Verschwiegenen.

Die Versicherung der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Agrarier gern bereit sein werden, der Regierung bei der Finanzreform entgegenzukommen, hat die „Freisinnige Zeitung“ zu der Frage veranlaßt, auf welchem Gebiete dieses Entgegenkommen zu erwarten sei. Darauf antwortet nun das agrarische Blatt:

„Es würde weder klug noch zweckmäßig sein, wenn wir unsere Karten vor der Zeit aufdecken wollten. Dieses vorzeitige Aufdecken, das früher bei naiven und harmlosen Politikern üblich war, hat oft recht geschadet. Deshalb möchten wir in einem ähnlichen Fehler nicht verfallen. Wir wiederholen, daß unsere Freunde, soviel wir wissen, bereit sein werden, in der Frage der Reichsfinanzreform gewisse Zugeständnisse zu machen. Auf welchem Gebiete diese Zugeständnisse liegen, das wird sich finden. Jetzt halten wir uns nur für verpflichtet, wiederholt zu erklären, daß die Zugeständnisse nicht auf dem Gebiete der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten liegen können.“

Übrigens hat die „Deutsche Tageszeitung“ bereits angekündigt, daß sie den Vorschlag einer Dividendensteuer durchaus ernst meint.

Bei der Landtagswahl in Braunschweig

siegte der bürgerliche Brauereibesitzer Wolters gegen unsere Genossen Dr. Jasper. Die bürgerliche Presse hat den sozialdemokratischen Brauereibesitzer Dr. Wolters gegen den bürgerlichen Rechtsanwalt Jasper siegen lassen. Der arme Wolters!

Die ausgiebige Biersteuer.

Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich von ihrem Berliner Korrespondenten melden:

In der Norddeutschen Brauereigemeinschaft haben auf Veranlassung des Reichsschatzsekretärs seit dem Frühjahr Erhebungen über die Bierpreise in den Schankstätten und über den Nutzen, den die Verkäufer erzielen, stattgefunden. Es sind das die ersten Erhebungen dieser Art: das Reichsschatzamt verfügt jedenfalls schon über ein reiches statistisches Material. Wenngleich über die Einzelheiten der Reichsfinanzreform offizielle Mitteilungen noch nicht erfolgt sind, so unterliegt es doch längst nicht dem geringsten Zweifel, daß unter den Steuerprojekten, die den Inhalt dieser Finanzreform ausmachen; die alkoholischen Getränke, wir glauben sämtliche, eine Hauptrolle spielen und daß insbesondere eine erhebliche Erhöhung der Brauereiersteuer vorgeschlagen werden wird. Das ist keine Überraschung mehr, nur die Form und die Einzelheiten kennt man noch nicht. Die Erhöhung soll so ausgiebig sein, daß die Brauereien die Steuer auf die Konsumenten abwälzen können.“

Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die direkten Steuern nur die Kulisse bilden werden, hinter der durch indirekte Steuern auf Lebens- und Genussmittel die arbeitenden Klassen um so unverfrorener ausgeplündert werden können!

Die neue Militärvorlage.

Das „Leipziger Tageblatt“ und die „Dortmunder Zeitung“ bringen übereinstimmend folgende sensationelle Mitteilung:

Aus bester Quelle erfahren wir, daß die Regierung dem Reichstag im Herbst eine neue Militärvorlage in Form eines Quinquennates unterbreiten wird. Alle Vorarbeiten sind schon getroffen, die Vorlage ist fast bis in alle Einzelheiten fertig, so daß man es wahrscheinlich gar nicht mehr für nötig halten wird, die Nachricht zu dementieren. Sollte das aber geschehen, so glaubt das Dortmunder Blatt, ruhig der Zeit überlassen zu können, das offiziöse Dementi wieder zu dementieren.

Als kürzlich von anderer Seite eine ähnliche Ankündigung erfolgte, kam das Dementi gleich hinterdrein. Möglich ist, daß es jetzt ebenso geht, und auch, daß die Vorarbeiten wirklich für eine erst später einzubringende Vorlage gemacht worden sind. Dann aber sicher zu dem Zweck, um die Geldmittel dafür gleich bei der kommenden „Reichsfinanzreform“ mit herauszuschlagen.

Die Witwen- und Waisenversicherung — eine Ungeheuerlichkeit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Die „Berl. Volk. Nachr.“ brachten dieser Tage die mehr überraschende als angenehme Nachricht, daß trotz des Reichsfinanzsamers und aller Schwierigkeiten, auf die die Durchführung der Reform stößt, das Projekt der Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung vor seiner Verwirklichung stehe. Sie behaupteten sogar, daß gemäß § 15 des Zollgesetzes vom 23. Dezember 1902 die lex Trimbora noch vor dem 1. Januar 1910 in Wirksamkeit treten könne. Die Nachricht scheint in ihrer Ungeheuerlichkeit Zeit seitens der Presse noch nicht hinreichend gewürdigt zu sein oder man hat sich vom maßlosen Erstauen über den darin sich ankündigenden Mut noch nicht erholt; jedenfalls ist der größere Teil der Presse einstuftweilen noch sprachlos gegenüber der Zumutung, gerade jetzt wieder für die Industriearbeiterschaft dem Reiche einige Hundert Millionen zu entziehen, ehe auch nur über die Grundzüge der Finanzreform nähere Mitteilungen gegeben werden konnten, geschweige denn die Viefenarbeit, von der Gedeihen und Verderb unserer inneren und äußeren Politik abhängt, bewältigt ist.“

Als wir vor einigen Tagen darauf hinwiesen, daß das Reich die zum Zwecke der Witwen- und Waisenversicherung angekauften Gelder, vermutlich lieber zu kulturellen

Zwecken verwenden möchte, hat uns die konservative Presse belehrt, daß daran nicht gedacht werde. Und jetzt läßt ein ultra-konservatives Blatt bereits Sturm gegen die Versicherung; doch nicht etwa deshalb, damit das angesammelte Geld noch weiter verwahrt wird, sondern ebensowenig man es für andere Zwecke verwenden will.

Wachsende Enttäuschung

verursacht allen denen, die 1906 an der Steuerreform mitgewirkt haben, die Entwicklung ihrer Geldtasche. Die verschiedenen damals neu erfundenen Steuern hatten nicht entfernt, was ihre Urheber sich von ihnen versprochen haben. Schon das Jahr 1907 brachte eine arge Enttäuschung, und die Ergebnisse im laufenden Jahre 1908 bleiben noch weit hinter den bei der Staatsberatung schon herabgeschraubten Hoffnungen zurück. Die Zigarettensteuer, die Erbschaftsteuer, die Lantiensteuer und die Stempel für Frachtkunden, Personalfahrarten und Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge waren im Etat für das Rechnungsjahr 1907 insgesamt mit 104 Millionen Mark zum Anlaß gebracht. Im Reichshaushaltsetat für 1908 ist der Ertrag niedriger, und zwar auf 103,3 Millionen Mark angelegt. Trotzdem ist aber keine Aussicht, daß dies die Wirklichkeit der Schätzung entsprechen wird. Für das erste Drittel des laufenden Finanzjahres liegt der Nachweis über die Ergebnisse der genannten neuen Steuern vor. Nach ihm haben sie zusammen 24,2 Millionen Mark in den ersten vier Monaten erbracht. Werfen die Steuern in den nächsten zwei Jahresdritteln nicht mehr als in den ersten ab, so würde nur auf eine Gesamteinnahme von 72,6 Millionen Mark oder auf einem Fehlbetrag von 30,7 Millionen Mark zu rechnen sein.

„Nationale“ Organe, die für die neue „Reichsfinanzreform“ sich begeistern, ziehen daraus natürlich den Schluß, daß man diesmal am so gründlicher in die Tasche des Volkes hineingreifen müsse. Mit „Kleinigkeiten“ wird man sich nicht weiter abgeben wollen, sondern „ganze Arbeit“ machen. Dahin wo was zu holen ist, wird man aber nicht hingreifen. Die armen Reichen müssen ja gespart werden.

Antisemitische Gesinnungstüchtigkeit.

Im Wahlkreise Wolfenbüttel stehen sich als bürgerliche Kandidaten der nationalliberale Bändler Kleye und der Welfe Debedind gegenüber. Die Antisemitische haben sich nun, bei der Entscheidung für wen sie eintreten sollen, dahin entschieden, daß es ihren Anhängern freistehen sollte, entweder Kleye oder Debedind zu wählen. Wer zu einer im wesentlichen nationalliberal gesinnten Persönlichkeit Vertrauen hat, möge Kleye wählen, wer solches Vertrauen nicht hat, und wer wünscht, daß der Anhänglichkeit der Braunschweiger an ihr angestammtes Fürstentum im Reichstage bei passender Gelegenheit Ausdruck verliehen wird, möge Debedind wählen.

Bald national, bald welfisch, wie's trifft!

Kompromiß-Müller und Reichsfinanzreform.

Der freisinnige Wichtigtuer Müller-Meininger wird im Septemberheft der „Neuen Revue“ einen Artikel über Liberalismus und Reichsfinanzreform erscheinen lassen. Dem Aushängebogen, den der Verlag der genannten Zeitschrift an die bürgerliche Presse verschickt hat, entnimmt eines dieser Organe den Schluß des Artikels, an dem uns nur diese Sätze interessieren:

„So wird man denn nötigenfalls auf anderen das Lebensinteresse des Reiches nicht bedingenden Gebieten der Regierung zeigen können, daß die Freisinnigen nicht gewillt sind, einer Regierung besondere Gefälligkeiten zu erweisen, und besonderes Vertrauen auszubringen, die sich gegenüber ihren eigenen Organen unfähig zeigt, ihre Politik zur Durchführung zu bringen. Aber die Reform der Finanzpolitik des Reiches scheint die denkbar schlechteste Gelegenheit zu solcher Mißtrauensundeutung gegen die preussische Regierung!“

Das heißt: Der Freisinn wird die neuen Steuerentwürfe so schlucken, wie die Regierung sie serviert. Aber dann, wenn die Regierung die nötigen Mittel bewilligt erhalten hat, dann soll sie den Liberalismus einmal kennen lernen!

Der Eindruck dieser Hanswurstaube wird natürlich auf Bülow ein geradezu niedererschmetternd sein. Den Allweltspolitiker Müller-Meininger wäre nur zu raten, in der beginnenden Parlamentssession seinen Platz in der Reihen der Konservativen zu wählen. Dort gehörte er hin.

Rußland.

Russische Greuel. Am 17. Februar 1907 wurde der Ritterschaftshauptmann Baron Buberg, der als einer der rücksichtslosesten Ausbeuter der Bauern und als politischer Führer der Junker bekannt war, in Estland ermordet. Die Polizei verhaftete aus diesem Anlasse zahlreiche Personen, und der baltische Generalgouverneur Baron Müller-Sakomelski, verurteilte die Gemeinden Fickel, Felks und Steinhufen zu einer Geldstrafe von je 3000 Rubel, weil sie die Schuldigen — nicht ausfindig machen konnten. . . . Mehrere in dieser Angelegenheit arretrierte Personen wurden von dem berüchtigten Leiter des Rigaer „Museums“, Gregus, den grausamsten Folterungen unterworfen. So wurden dem 20jährigen Sommer sämtliche Körperhaare ausgerissen und die Geschlechtsteile auf das furchtbarste verstümmelt. Unter diesen Folterqualen bekannte sich Sommer als mitschuldig und nannte auch andere Personen, die angeblich am Mordteilgenommen hatten. Vor einem Monat fand hier vor dem Kriegsgericht der Prozeß statt. Vier Personen, darunter auch Sommer, wurden zum Tode verurteilt. Da Gesuch des Gerichts, die Strafe für Sommer zu mildern blieb unberücksichtigt. Nun haben zwei der Verurteilten Sommer und Saareoks, sich der Hinrichtung dadurch entzogen, daß sie sich vergifteten. Es folgte ein strenge Untersuchung, denn es ist für die Administration höchst unangenehm, zwei Personen weniger dem Galgen überliefern zu müssen.

Senkersknechte an der Arbeit. Das Oberkriegsgericht in Petersburg prüfte gestern die Kassationsklage und bestätigte das Urteil des Kriegsgerichts in Nikolajewsk, welches acht Japaner wegen Überfalles auf die

nach dem Gefängnis führenden Soldaten und wegen Verwundung derselben zum Tode durch den Strang verurteilt hat.

Marokko.

Der gefangene Sultan. Die nächste Umgebung Abdul Aziz in Sektat verbreitet die angeblich aus Fez eingetroffene Nachricht von einer dort ausgebrochenen Palastrevolution. Der ehemalige azizische Heerführer Buchta Ben Bagdadi hatte, da er mit der neuen Ordnung der Dinge nur zum Schein veröhnt war und sich für die bei seiner Ankunft in Fez erlittenen Unbilden rächen wollte, mit Hilfe der Palastdienerschaft den neuen Sultan in einem abgesonderten Raum gefangen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 28. August.

Achtung Bauarbeiter! Aber die Siedelbauarbeiten in der Markt- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Siedelbauarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwarta, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Fabz, Werderstraße, F. Mädel, Krempelesdorfer Chaussee. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner in Fünfschusen verhängt worden.

Warum steigen die Mieten? Viele Hausbesitzer und Terrainpekulanten behaupten immer und immer, daß die Ursache für die gegen frühere Zeiten so gestiegenen Mieten die höheren Baukosten bildeten, insbesondere die höheren Löhne der Arbeiter. Nicht dieser Meinung ist der Regierungsrat Max Koska, der bis vor einiger Zeit der Leiter des Beamtenwohnungsvereins in Berlin war, einer Genossenschaft, die Bauten im Werte von etwa 23 Millionen Mark errichtet hat und eine der bedeutendsten Bauunternehmungen Berlins bildet. Herr Koska schrieb im „Tag“ über die Wechselbeziehungen zwischen Bodenpreis und Wohnungsmieten: „Auf Grund meiner Erfahrungen schließe ich mich denen an, die der Eigenart der Bildung der Baugrundpreise den größeren Einfluß gegenüber den Baukosten zuschreiben. . . Der Käufer des Bodens und Erbauer des Hauses kann nur bestehen, wenn er die vorausgesetzten hohen Mieten auch erzielt. So entsteht eine verhängnisvolle Wechselwirkung: die Mieten sind in letzter Reihe vom Bodenpreis abhängig, die bloße Möglichkeit der Erhöhung der Mieten erhöht unmittelbar den Bodenpreis, und der gesteigerte Bodenpreis legt wiederum die Notwendigkeit einer Forderung der höheren Mieten sofort fest. Früher waren die Löhne und die Preise der Baumaterialien niedriger, die Baupolizei stellte nicht so strenge Anforderungen wie jetzt und ließ auch oft eine weitergehende Ausnutzung der Grundstücke und der Gebäude zu, früher stellten die Mieter bei weitem nicht so hohe Ansprüche an die Ausstattung wie heute: deshalb konnte früher billiger gebaut werden. Dies muß zugegeben werden. Ob darum verhältnismäßig billiger vermietet wurde, mögen die Sachgelehrten untersuchen. Ich glaube es ohne statistischen Beweis nicht, sondern glaube vielmehr, daß — falls die Beeinflussung durch die Steigerung des Bodenpreises ausgeschlossen wird — für die Ermietung der verhältnismäßig besseren und mit verhältnismäßig höheren Kosten erbauten Wohnungen heute durchschnittlich ein geringerer Teil des Einkommens aufzuwenden sein würde als früher, weil der Zinsfuß, von vorübergehenden Perioden abgesehen, allgemein gesunken ist und das Einkommen sich durchschnittlich sehr gehoben hat. Daß dies nicht in die Erscheinung tritt, sondern im Gegenteil heute ein größerer Teil des Einkommens für Miete aufgewendet werden muß als früher, ist meines Erachtens lediglich dem Einflusse des Bodenpreises zuzuschreiben.“ Gewiß ist richtig, daß der Bodenpreis auf die Höhe der Wohnungsmieten einwirkt, daß dies aber lediglich der Grund sei, ist billig zu bezweifeln. Neben den Terrainpekulanten gibt es auch noch Häuserpekulanten, die auch nicht wenig zur Steigerung der Mietpreise beitragen; schließlich wollen auch die Hypothekengeber, bei der allgemeinen Jagd nach dem Golde, ihr Schäfchen sichern. Was die strengen Anforderungen der Baupolizei anbelangt, so dürften die Herren sich kaum darüber zu beklagen haben, was sie aber nicht adäquat, diesen Umständen für ihre Zwecke zu benutzen. Daß die Mieter höhere Anforderungen an die Wohnungen stellen, ist nur zu begrüßen und ein Zeichen gesteigerter Kultur. Dafür müssen aber namentlich die Inhaber kleinerer Wohnungen einen nicht geringen Teil ihres Einkommens aufwenden.

Gegen die Lungentuberkulose. Der Senat erläßt eine Verordnung, in welcher die Ärzte angewiesen werden, Anzeigen zu erstatten bei 1. Todesfällen an Tuberkulose; 2. Erkrankungen an offener Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose: a) wenn der Kranke aus seiner Wohnung verzieht oder in ein Krankenhaus übergeführt wird, b) wenn der Kranke durch sein Verhalten oder infolge der Wohnungsverhältnisse seine Umgebung hochgradig gefährdet, c) wenn der Kranke bei der gewerblichen Herstellung oder dem Verkauf von Nahrungsmitteln beschäftigt ist, d) wenn der Kranke sich in einer öffentlichen Umgebung befindet, in der die Gefährdung einer größeren Anzahl von Menschen zu besorgen ist.

Erforschte Seuche. Die Schweinepeste auf dem Grundstück des Zimmermannes Böge in Travemünde ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßnahmen sind aufgehoben.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 27. August, morg. 6 Uhr: Wasser 16, Luft 16; 10 Uhr: Wasser 17, Luft 20; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 19; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 18 Grad Celsius.

Vor dem Gewerbegericht klagte gestern der Pianist M. gegen den Kapellmeister K. auf Zahlung von 61 Mk. als Gage für 14 Tage. Der Kläger war beim Beklagten gegen ein Monatsgehalt von 180 Mk. engagiert. Im Dezember v. Jz. mußte er und die anderen Mitglieder der Kapelle 14 Tage pausieren und erhielt für diese Zeit kein Gehalt. Nunmehr erhebt M. deswegen Klage. Das Gericht kam zu einer Abweisung derselben, weil die Forderung verjährt ist. — Der Schlachtergeselle F. war von seinem Meister K. ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen worden. Er klagt deshalb auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 44,50 Mark für die Zeit vom 29. Juli bis 8. August. Der Beklagte erklärte sich bereit, die geforderte Summe zu zahlen. — Gleichfalls ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen worden ist der Arbeiter W., der bei dem Unternehmer S. beschäftigt war. S. klagt deshalb auf Zahlung von 24 Mark. Im Wege des Vergleichs zahlt der Beklagte dem Kläger 16 Mk.

Die Spielautomaten, welche bekanntlich von den hiesigen Gerichten für Glücksspiele erklärt wurden, werden nunmehr wohl auch in Hamburg verschwinden, nachdem ein dortiges Gericht sich auf den gleichen Standpunkt gestellt hat, wie die

Lübecker Strafkammer. Unter der Anklage des gewerbsmäßigen Glücksspiels stand der frühere Besitzer einer Automatenhalle Johannes Nicolaus Staack vor dem Landgericht Hamburg. Als die Polizeibehörde zu der Ansicht gelangte, daß es bei vielen in Wirtschaften und in Automatenhallen ausgestellten Geldspielautomaten nicht mehr auf die Geschicklichkeit des Spielers ankommt, sondern, daß es sich um ein Glücksspiel handelt, fand auch eine Revision der Halle des Angeklagten statt. Dabei fand man die Automaten 8 11, „Juwel“, „Teutonia“ und das „Sonnenpiel“, deren Konstruktion derartig sein soll, daß es sich bei deren Benutzung seitens des Spielers nur um einen Glückszufall handeln könne. Deshalb ist gegen den Angeklagten die Anklage erhoben worden. Er behauptete nun, daß er vor Eröffnung der Automatenhalle von der Gewerbebehörde die Erlaubnis erhalten, daß sein Gewerbe als Kaufmann nicht genüge. Dann habe er für die Automatenhalle einen besonderen Gewerbebescheinigung und angenommen, daß die Aufstellung der Automaten, bei denen nach seiner Meinung es auf die Geschicklichkeit ankommt, statthaft sei. Nach der Beweisaufnahme nimmt der Staatsanwalt an, daß bei den Automaten, bei denen man Marken erhält, eine Auspielung, bei anderen, wo man Geld erhält, ein Glücksspiel vorliegt. Der Staatsanwalt beantragt aber aus subjektiven Gründen die Freisprechung des Angeklagten. Der Verteidiger Dr. Petersen beantragt unter Bezugnahme auf ein reichsgerichtliches Urteil und aus Rechtsgründen die Freisprechung. Der Gerichtshof kommt nach längerer Beratung zu der Ansicht, daß es sich bei den Automaten nicht um ein Geschicklichkeitsspiel sondern um ein Glücksspiel handelt und verurteilt den Angeklagten wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels zu einem Tag Gefängnis.

Rückgang der Sterblichkeit Mitte August. Die Sterblichkeit ist in der Woche vom 9. bis zum 15. August in der Mehrzahl der deutschen Städte etwas zurückgegangen, sodaß sich die Gesundheit in dieser Beziehung etwas verbessert hat. Von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern starben auf 1000 und auf ein Jahr berechnet in: Aachen 16,5, Altona 18,5, Augsburg 22,8, Barmen 13,6, Berlin 14,6, Bielefeld 8,9, Bochum 31,9, Bonn —, Borken —, Braunschweig 17,8, Bremen 12,5, Breslau 19,8, Charlottenburg 13,4, Chemnitz 17,9, Danzig 27,2, Darmstadt 14,7, Dessau —, Dortmund 27,7, Dresden 12,5, Deutsch-Wilmersdorf 5,2, Duisburg 22,9, Düsseldorf 17,5, Elberfeld 14,1, Ebing —, Erfurt 13,3, Essen 17,4, Flensburg —, Frankfurt a. M. 18,8, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 18,0, Fürth —, Gelsenkirchen 31,3, M. Gladbach —, Gleiwitz —, Götting 27,7, Gera —, Hagen 19,4, Halle a. S. 27,1, Hamborn 26,8, Hamburg 15,3, Hannover 17,3, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 20,9, Kassel 18,6, Kaiserlautern —, Kiel 17,0, Koblenz —, Köln 25,5, Königsberg i. P. 24,3, Königsbrunn 31,1, Krefeld 17,2, Leipzig 18,3, Lichtenberg —, Liegnitz —, Lünen —, Lübeck 14,6, Ludwigshafen 29,5, Magdeburg 21,4, Mainz 13,1, Mannheim 23,9, Meß —, Mühlhausen i. G. 15,0, Mülheim a. d. R. 16,1, München 16,3, Münster 20,2, Nürnberg 19,0, Oberhausen —, Offenbach 11,7, Osnabrück —, Pforzheim —, Plauen i. V. 14,0, Posen 24,0, Potsdam —, Renscheid —, Rixdorf 17,4, Rostock —, Schöneberg 7,0, Solingen —, Spandau 15,7, Steettin 33,5, Straßburg i. G. 19,5, Stuttgart 13,1, Ulm —, Wiesbaden 14,4, Worms —, Würzburg 13,2, Zabrze —, Zwickau 23,6.

ph. Sterblichkeit. Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls stechend verfolgt wurde.

pb. Unterschlagung. Wegen eines Papierblumenhändlers von hier, die im Auftrage von Privatpersonen Altertümer verkaufte, den Erlös hierfür aber nicht ablieferte, sondern für sich verbrauchte, wurde Anzeige wegen Unterschlagung erstattet.

Verzin für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Bezüglich des Ausfluges nach Scharbeug ist noch nachzusagen, daß zu dem 12³⁰ Uhr abfahrenden Zuge Sonntagskarten nach Pansdorf zu 65 Pf. am Schalter zu lösen sind.

Ringkämpfe im Hansatheater. Der Engländer Jackson erlitt gestern seine erste Niederlage, indem er von Siegfried in 14 Minuten auf beide Schultern gelegt wurde. Höchst interessant war der Kampf Karoly-Winzer, welcher nach 20 Minuten unentschieden blieb. Apollon spielte im letzten Gang mit dem kleinen Boucher buchstäblich Jangballe und besiegte ihn nach einer Minute in schonender Weise. Heute abend finden drei sensationelle Kämpfe statt. Es ringen Winzer gegen Grunewald, Carlos gegen D. Ponce und Apollon gegen Siegfried.

Stadtheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Die vollstündliche Sonnabend-Vorstellung bringt die letztmalige Aufführung der Operette: „Das Jungfernstift“. Trotz der bedeutenden Kosten gelten nur kleine Preise. Logen 75 Pf., alle übrigen Plätze 50 Pfennig. Für Sonntag ist wieder eine der beliebten Doppelvorstellungen; außer der Operette: „Die Fledermaus“ mit den Gästen Frau Dr. Fuchs-Brandt und des Geldtenors Paul Groeger vom Stadttheater in Magdeburg, gelangt noch das reizende dreitägige Lustspiel „Die Augen der Liebe“ von Wilhelmine von Hillern zur Darstellung. Die Vorstellung beginnt um 6 Uhr, um auch auswärtigen Theaterfreunden den Besuch zu ermöglichen.

Secret. Eine gutbesuchte Volksversammlung tagte hier gestern abend bei Herrn Främke. Aber die Landtagswahlen sprach Genosse Stellung-Lübeck. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die imposante Versammlung ihr Ende. Die Versammlungssteine versprochen, mit allen Mitteln für die Wahl zu agitieren.

Ahrensdorf. Eine Volksversammlung findet am Sonnabend abend 8 Uhr bei Herrn Strehle statt. Diefelbe wird sich mit den oldenburgischen Landtagswahlen beschäftigen. Pflicht der Genossen ist es, für regen Besuch zu sorgen. Auch die Frauen müssen zahlreich erscheinen.

Ranenburg. Ein schweres Sittenverbrechen wurde in Müssen verübt. Nachts drangen die Knechte Bötzger, Otto Brage und Friedrich Krubs gewaltfam in die Mädchenkammer des Hofsäckers Meier ein und vergewaltigten nacheinander ein bei dem genannten bedienstetes Mädchen. Als die Täter in Haft genommen werden sollten, waren sie entflohen, nach Dänemark, wie sie den Mitknechten verraten hatten. Der Teilnahme dringend verdächtig ist noch ein vierter Knecht, Friedrich Stallta mit Namen.

Hamburg. Ein Opfer seiner religiösen Überzeugung ist der Mustetter Gottlieb Zeglatis vom 85. Infanterie-Regiment in Rendsburg, der schon wiederholt wegen Gehorsamsverweigerung bestraft worden ist, und geht die Sache so weiter, dann dürfte er beim Militär alt und grau werden. Wir haben schon anlässlich früherer Verhandlungen gegen Z. über dessen aus religiöser Überzeugung begangenen Vergehen am Allerheiligsten berichtet. Er gehört zu der Sekte der Adventisten, die in der Zeit vom Freitag bis Sonnabend abend keine Arbeit verrichten, weil dies nach ihrer Auffassung gegen die Gebote Gottes sein soll. Gleich anderen Adventisten ist Z. der Meinung, daß dieses „höchste Gebot“ auch ein Soldat nicht

übertreten dürfe, weil man Gott mehr gehorchen solle, als den Menschen. Kommt der Freitagabend heran, dann beginnt seine 24stündige Ruhezeit, während deren er nicht zu bewegen ist, irgend welchen Dienst zu tun. Auch in dem Militärgefängnis zu Spandau hielt er genau diese Ruhezeit inne, obwohl er dort wiederholt wegen derselben Sache disziplinarlich bestraft worden ist. „Du sollst Gott mehr gehorchen, denn den Menschen“, war auch dort sein Leitmotto. Der Angeklagte wird von seinen Vorgesetzten als ein sonst vorzüglicher Soldat geschildert. Am 28. Mai d. Jz. ist er vom Kriegsgericht der 18. Division zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt worden. Inzwischen ist Z., der gegen das Urteil Berufung eingelegt hat, auf seinen Geisteszustand untersucht, aber von den Militärärzten für völlig normal befunden worden. Mit der Berufung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung das Oberkriegsgericht des neunten Armeekorps. Ein Oberstabsarzt erklärt, an dem Angeklagten keinerlei psychopathische Erscheinungen wahrgenommen zu haben. Es kam sodann zwischen dem Verhandlungsleiter und dem Oberstabsarzt einerseits und dem Angeklagten andererseits zu einem theologischen Disput, in dem letzterer u. a. erklärte, alle ihm auferlegten Prüfungen geduldig ertragen zu können. (Beifallsgemurmel bei den im Zuhörerraum anwesenden Adventisten.) Antragsgemäß wird die Strafe auf acht Monate Gefängnis herabgesetzt, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Begründend wird hervorgehoben, daß der Angeklagte aus ehrenhaften Motiven gehandelt, sich aber strafbar gemacht habe.

Neumünster. Tabakarbeiterstreik. Wollte 17 Wochen stehen die Tabakarbeiter mit den Fabrikanten im Kampf um die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer sind noch immer hartnäckig, sie lassen sich weder zu einer Verhandlung noch zu einem Entgegenkommen herbei. Das von einigen Fabrikanten im Publikum verbreitete Gerücht, daß sie die Fabrikation einstellen wollten, wird treffend dadurch widerlegt, daß der Fabrikant G. Dancker, Nicelstraße 11, sich aus Kellinghusen einen Arbeitswilligen geholt hat.

Rendsburg. Der Flemhuber See verjährt. Der am Eintritt der oberen Eider in den Kaiser Wilhelm-Kanal an dessen Südseite gelegene Flemhuber See wird infolge der jetzigen Kanal-Erweiterungsarbeiten so gut wie völlig verschwinden, nachdem seine Fläche bereits bei der ersten Anlage des Kanals durch Senkung des Wasserspiegels um 7 Meter und Ablagerung von rund 3 1/2 Millionen Kubikmeter Baggergut auf etwa ein Drittel der früheren verkleinert worden (von etwa 253 Hektar auf etwa 90 Hektar). Das damals trocken gelaufene ehemalige Seegebiet zusammen mit dem gegenwärtigen See ermöglicht die Ablagerung von rund 13 1/2 Millionen Kubikmeter Baggerboden.

Flensburg. Der Sündenbock. Wie aus Flensburg gemeldet wird, soll es sich bestätigen, daß der Regierungspräsident Dolega-Kocierowski nicht mehr auf seinen Posten zurückgekehrt. — Die „Konf. Korrespondenz“ hatte noch am Mittwoch erklärt: „Befremdlich würde es aber berühren, wenn die kürzlich erwähnte Beurteilung des zuständigen Regierungspräsidenten, wie man hier und da munkelt, in irgend welchen unschlüssigen Zusammenhang mit dieser sogenannten Affäre gebracht und etwa auf politische Motive, welche außerhalb der Sache selbst lägen, zurückgeführt werden könnte. Es würde dies eine peinliche und in den Annalen der preußischen Verwaltung immerhin so seltene Erscheinung sein, daß der Sachverhalt seinerzeit zur völlig authentischen Klärung gebracht werden müßte. — Die Autorität und Selbstständigkeit des preußischen Staatsdienstes ist wichtig genug, um nicht ohne jede fremde Rücksicht gewahrt werden zu müssen.“

Flensburg. Der Flensburger Glasarbeiterstreik ist noch in demselben Stadium, wie am ersten Tage. Die Firma nimmt eine profigne Haltung ein, sie pocht auf ihren großen Geldsack. Das Gewerbegericht ist bekanntlich von der Firma als Einigungsamt abgelehnt worden. — Wegen Sittenverbrechens geriet ein Seemann Kruse in Haft. Er überfiel am hellen Tage eine Schlachter-Gefrau, würgte sie und warf sie zu Boden. Einem gleich darauf den Weg passierenden Schulmädchen passierte dasselbe Schicksal. Die Schlachterfrau sprang jetzt auf und holte Hilfe.

Londern. Zu den Wahlbeeinflussungen. Auf dem Landratsamt Londern fanden am Dienstag, wie die „Kleiner Zeitung“ berichtet, Vernehmungen von Zeugen statt, die als Beweiszeugen für angebliche amtliche Wahlbeeinflussungen und die amtliche Überwachung der freisinnigen Agitation, welche sich bei der letzten Landtagswahl im Kreise Londern zugetragen haben sollen, benannt worden waren. Die Vernehmungen waren vom Landrat angeordnet worden, weil in Zeitungsartikeln die genannten Machinationen mit dem Landrat in Verbindung gebracht worden waren. Die vernommenen Zeugen erklärten sämtlich, daß ihnen weder von einer Überwachung noch von einer amtlichen Wahlbeeinflussung etwas bekannt sei, insonderheit, daß sich in irgend einer Weise der Einfluß des Landrats zugunsten der national-liberalen Partei bemerkbar gemacht hätte. Den Vernehmungen lagen zugrunde Vorfälle in Niebüll, Lingleff, Lindholm, Kirbill und Fegetasch. Die vernommenen Zeugen gehörten größtenteils der freisinnigen Partei an.

Rostock. Der mecklenburgische Parteitag findet am 18. und 19. Oktober in Rostock statt. Zum ersten Male in Mecklenburg selbst! Der obotritische Mittel hat jetzt nur noch ruhig zuzusehen! Ohne Zweifel dürfte die Beschickung des Parteitages eine sehr zahlreiche werden.

Schwerin. Aussperrung der Steinseger. Am hiesigen Neubau der elektrischen Straßenbahn sind die Steinseger ausgesperrt worden, weil sie nicht im Akkord arbeiten wollen. Bisher ist in Schwerin nur im Stundenlohn gearbeitet worden. Da aber die Arbeiten an den Geleisen nicht so vorfrachten gehen können, wie bei Pflasterungen der glatten Straßenfläche (sämtliche Steine an den Schienen müssen behauen werden), ist der Unternehmer auf den genauen Gedanken gekommen, einfach die Akkordarbeit einzuführen und zwar für einen solchen Preis, daß die Steinseger weit weniger als im Stundenlohn verdienen würden. Da die Steinseger hierzu nicht geneigt waren, wurde ihnen ohne weiteres erklärt: „Wer sich nicht fügt, hat aufzuhören!“ Diesen guten Rat haben die Steinseger befolgt und bis auf einen die Baustelle verlassen. Alle Versuche seitens der Steinseger, eine Einigung herbeizuführen, sind bisher gescheitert, da der Unternehmer erklärt, von der Einführung von Steinseger nicht Abstand nehmen zu können. Bezug von Steinseger nach Schwerin ist strengstens fernzuhalten.

Odenburg. Wegen unberechtigten Fischens verurteilt. Das hiesige Landgericht verurteilte den Kapitän des englischen Fischdampfers „Jennor“ wegen unberechtigten Fischens bei Wangerooog zu 150 Mk. Geldstrafe.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling; Verleger: E. H. Schwarz; Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Sei Kauf schnell zum Kaufmann
 ehe Wiegels Conf.-Bottelkäse anderverkauft
 ist, denn die Nachfrage soll groß sein
 und andern Eßig als 1907 will ich nicht
 zum Einmachen haben!

Einmachegläser
 6, 8, 10, 12, 20, 32, 45, 60 Pfg.
Geleegläser
 10, 12, 15 Pfg.
Patentgläser
 absolut sicher,
 38, 45, 50, 65 Pfg.

Lampen
Küchenlampen
 38, 50, 60 Pfg. an.
Tischlampen
 1.75, 2.00, 2.25 Mk. an
Hängelampen
 4.25, 4.50, 5.50 Mk. an.
Petroleumkannen
 2 Liter 48 Pfg., 3 Liter 60 Pfg.
Riesen-Bazar
 Pietro Cagna.
 Rote Lubeca-Rabattmarken.

Uhren u. Goldwaren
 Trauringe, 333 u. 585 gest.,
 anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
 Uhrm., Königsstr. 62, b. d. Hüßtr.
 Gebe rote Rabattmarken.

Auf Abzahlung
 Möbel für Mk. 99 Anz. Mk. 12
 Möbel - - 195 - - 24
 Möbel - - 258 - - 35

Anzüge
 für Herren, Burschen und
 Kinder.
 Dam.-Jackets, Kost.-Röcke,
 Kleiderstoffe, Teppiche,
 Portieren, Gardinen,
 Sport- und Kinderwagen
ohne Anzahlung
 an alte Kunden.

H. Kesten
 untere Johannisstr. 70, 1.

Empfehle mein Restaurant
 sowie meine Weine u. Spirituosen
R. Storch,
 Friedenstr. 43.

Restaurant
Zur alten Lohmühle.
 Sonnabend, den 29. August 1908
Grosses Garten-Konzert
 angeführt von der ganzen Schwartauer
 Kadetten-Kapelle.
 Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.
 Entree 10 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung findet Streich-
 Konzert im Lokale statt.
 Abends 10 Uhr:
Große Fackel-Polonaise.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Otto Sterly.

Konzerthaus „Harmonie“
 110 Hüßstraße 110.
 Täglich Konzert der beliebten
 Fioler-Truppe
„Wiederhall“
 (5 Damen, 3 Herren).
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
 Eintritt frei!
Ludw. Kock.

105 eigene Filialen. **Nur ein Preis** 105 eigene Filialen.

7.25
M
Jedes Paar
Herren
 oder
Damen
Stiefel
 auch aus
Box
Chevreau
 und
Lackleder

VERSAND GEGEN NACHNAHME UMTAUSCH BEST.
SCHUHFABRIK „TURUL“
Alfred Fränkel.
 Commandit-Gesellschaft.
 Lübeck
49 Breitestrasse 49.

Die ganze Stadt!
 und Umgegend
 muß es wissen, daß man Spirituosen,
 Kolonialwaren, Margarine, Zigarren
 in fachmännisch ausgewählten Qualitäten
 nirgendwo besser, und im Verhältnis zu den Qualitäten nirgend-
 wo billiger kauft, als bei
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Bis zum 31. August
 also nur noch
4 Tage
 gelten die Sommerpreise.
 Wer sich noch zu diesen
billigen Preisen
 seinen Winterbedarf eindecken will, ersuche ich freundlichst, mir umgehend seine
 Bestellung aufgeben zu wollen.

Lieferung von nur
erstklassigen Qualitäten
 unter Garantie für richtiges Maass resp. Gewicht.

Kontor: **Christian Gäde** Lager:
 Fischergrube 4. b. d. Drehbrücke.
 Brennmaterialienhandlung.

Lampen **Gämtl. Neuheiten in Lampen** **Lampen**
 für Petroleum und Gas
 sind eingetroffen.

Heinr. Rosenberg
 Lübeck **Mühlenstr. 10.**

Küchenlampen von **35 Pfg.** an
 Stehlampen von **1.85 Mk.** an
 Hängelampen von **4.25 Mk.** an
 Gaskocher 2fl., von **7.50 Mk.** an

Gas- u. Petroleumlampen von 12.50 Mk. an

Gas- u. Petroleumlampen von 12.50 Mk. an

Arbeit.-Madfah.-Berein Lübeck
 Sonntag, den 30. August:
Schnitzeljagd nach Schwartau.
 Abfahrt 2 Uhr vom Vereinshaus.
 Schwartau 8.

Gastwirtschaft am Kreuzweg,
Seeck.
 Am Sonntag, den 30. August:
Verschießen und Auswürfeln von
 fetten Enten, Aalen u. Schweineil.
 Anfang 2 Uhr.
 Hierzu ladet freundl. ein **Emil Cordts.**

Theater
Job-Classes
 eröffnet
 am 1. September
 abends 8 Uhr
 mit
Der Mann mit dem Fimmel.
 Sensationeller Erfolg.
Hansa-Theater.

Sozialdemokratischer Verein
Stodelsdorf und Umgegend.
Lassalle-Feier
 am Sonntag, den 30. August,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn L. Paetan.
 Festrede (Reichstagsabg. L. H. Schwarz),
 Gesangsvorträge. Preis der Karte 10 Pfg.
 Der Vorstand.

Hansa-Theater
 Heute Freitag (13. Tag)
 rüngen:
 D. Ponce gegen Carlos
 Frankreich gegen Portugal
 K. Grunewald gegen H. Winzer
 Rheinland gegen Hamburg
 Apollon gegen Siegfried
 d. Perl. u. Franck. Meistersch.-Ch. v. Deutschl.
 Billetoververkauf bei Sager.

Stadthallen-Theater.
 Sonnabend: 85. Abonnem.-Vorstellung.
 Zum letzten Male.
Das Jungfernstift.
 Operette in 4 Akten.
 Logen 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag: Doppel-Vorstellung.
 Gastspiel Frau **Dr. Fuchs-Brandt** und des
 Herrn **Paul Groeger** v. Stadtth. Magdeb.
Die Fledermaus.
 Hierauf:
Die Augen der Liebe.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen.

Das letzte Geschäftsjahr hat sich durch wichtige Kongresse und Konferenzen ausgezeichnet, welche der Betätigung der Genossinnen mancherlei Anregungen brachten und neue Aufgaben zwieseln. Sie seien daher an erster Stelle erwähnt. Die Tagung der Ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz war unstreitig ein bedeutendes Ereignis für die sozialistische Frauenbewegung aller Länder. Sie fand vorausgehend dem Internationalen Sozialistischen Kongress statt und trat am 19. August 1907 in Stuttgart zusammen. Diese Konferenz war ein erster Versuch, die sozialistische Frauenbewegung aller Länder zusammen zu fassen und entsprechend dem einen Ziele, das sie überall erstrebt, geschlossen in Reich und Glied der großen sozialistischen Internationalen zu stellen. 15 verschiedene Nationalitäten nahmen durch insgesamt 59 Delegierte an ihr teil, die deutschen Genossinnen waren durch 14 Delegierte vertreten; außerdem waren als Gäste Vertreterinnen des jüdischen Frauenbundes in Rußland, der Petersburger Sozialdemokratie, der organisierten Weberinnen von Lodz und eine Indierin aus Bombay anwesend.

Die Erste Internationale Frauenkonferenz hat, so hoffen wir, nicht nur einen äußeren und vorübergehenden Erfolg gehabt. Sie hat die sozialistische Frauenbewegung aller Länder in einer wichtigen Frage, der der Erhaltung des Frauenstimmrechts auf den Boden einer scharf abgegrenzten grundsätzlichen Auffassung gestellt und ihrer einschlägigen Aktion feste Richtlinien gezeichnet. In diesem Sinne zu wirken war aber wichtig, ja notwendig, weil die Wahlrechtskämpfe in allen Ländern immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Lebens rücken, und weil damit die Frage des Frauenwahlrechts zunehmende praktische Bedeutung für die sozialistischen Parteien aller Länder gewinnt. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung überall ist auch der erste Schritt, den die Konferenz zu ihrer festeren internationalen Verbindung getan hat. Mit der regelmäßigen gegenseitigen Information wächst auch die Möglichkeit, in strittigen Fragen von Anfang an eine allgemeine Verständigung und damit eine Einheitslichkeit der Auffassung und Aktion, wie auch wechselseitige Unterstützung herbeizuführen zu können. Die Konferenz beschloß, eine Zentralkommission für den internationalen Austausch von Informationen einzusetzen. Ihr sollen die organisierten Genossinnen aller Länder Nachrichten, Berichte usw. einsenden über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, sowie über Ereignisse, welche von Wichtigkeit für sie, wie für die Interessen der Proletarierinnen sind. Die Zentralkommission soll diese Informationen veröffentlichten.

Als Sitz der internationalen Zentrale wurde von der Konferenz zunächst Deutschland bestimmt und zwar hier die Redaktion der Gleichheit, die bereits die meiste internationale Fühlung hatte, davon abgesehen, daß die Gleichheit als die geeignetste Stelle für die Veröffentlichung der internationalen Korrespondenz erschien, weil sie das sozialistische Frauenblatt ist, das in den meisten Ländern von Genossinnen gelesen wird. Es ist bis jetzt gelungen, eine mehr oder minder regelmäßige Verbindung mit sozialistischen Frauenorganisationen in folgenden Ländern herzustellen: Österreich, Böhmen, Schweiz, Holland, Belgien, England, Finnland, Dänemark, Vereinigte Staaten von Nordamerika (Organisationen deutsch und englisch sprechender Genossinnen).

Die Wirkung der Internationalen Frauenkonferenz zeigte sich sofort auf dem sehr wichtigen Internationalen Sozialistischen Kongresse, der am 18. August 1907 in Stuttgart eröffnet wurde. Auf seiner Tagesordnung stand ebenfalls die Frauenstimmrechtsfrage, und es erwies sich nun, daß ihm zu diesem Punkte die Frauenkonferenz ganz erheblich vorgearbeitet hatte. Er trat ihrer grundsätzlichen und taktischen Stellungnahme durchaus bei, deren Schwerpunkt in der entscheidenden Beurteilung des beschränkten Frauenwahlrechts liegt, wie in der Verpflichtung der sozialistischen Parteien aller Länder, bei Wahlrechtskämpfen im Parlament wie außerhalb desselben, mit allem Nachdruck auch für das aktive und passive Frauenwahlrecht einzutreten.

Die Aufforderung der Vertrauensperson der Genossinnen, Delegierte zum Parteitag in Wien zu entsenden, fand gutes Begehren. 19 weibliche Delegierte wohnten ihm bei, die regen Anteil an den Verhandlungen nahmen. Nachdrücklich wurde auf diesem Parteitage auf neue betont, wie notwendig es sei, an der Aufklärung und Organisation der Proletarierinnen zu arbeiten und sie als geschulte Streitkräfte dem Heer der Klassenkämpfer zuzuführen.

Der Bericht geht dann auf die Dienstbotenbewegung näher ein. Das Nürnberger Beispiel hatte bahnbrechend gewirkt. Es mehrten sich rasch die Städte, in denen ebenfalls klassenbewußte Dienstbotenvereine entstanden. Überall waren es Genossinnen, die den Röhmentel der Arbeit leisteten, welche die Agitation unter den Dienstboten und ihren Zusammenschluß in Organisationen erforderte. An sehr vielen Orten wurden sie dabei in tatkräftigster Weise von den Gewerkschaftskartellen unterstützt und überall fand ein harmonisches Zusammenarbeiten mit ihnen statt.

Zur Beteiligung der Genossinnen am letzten Kongress des Jahres 1907, dem zweiten preußischen Parteitage, war von der Unterzeichneten außer in einem Aufruf auch in einem Zirkular aufgefordert worden, welches auf die besondere Wichtigkeit der Tagung für den entbrannten Wahlrechtskampf hinwies, in welchem der Schlachtruf des Proletariats auch dem Wahlrecht der Frau gilt. 17 Genossinnen wohnten als Delegierte den Verhandlungen des preußischen Parteitages bei. Einer der von ihnen gestellten Anträge verpflichtete die Genossinnen, sich mit aller Kraft an den Wahlrechtsaktionen zu beteiligen. Zwei andere Anträge, denen der Parteitag seine Zustimmung gab, forderten unsere Genossinnen in den Gemeindevertretungen auf, unverzüglich die Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten durch die Kommune zu beantragen. Den Genossinnen wurde eine eifrige Propaganda für diese Forderungen zur Pflicht gemacht. Dem Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde galt ein weiterer Antrag, den die Genossinnen einbrachten und begründeten. Er besagte, daß zu den Gemeindevertretungen ebenfalls das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu fordern ist, und daß die Genossinnen in den Kommunalverwaltungen schon jetzt mit allem Nachdruck für die Heranziehung der Frauen zu den öffentlichen Ämtern eintreten sollen.

Besondere Aufmerksamkeit ist in dem letzten Tätigkeitsjahr der Festigung und Ausdehnung der Organisation der Genossinnen zugewendet worden. Von allen in Betracht kommenden Instanzen wurde mit Eifer daran gearbeitet, die sozialdemokratischen Frauen untereinander wie mit den Parteioorganisationen in immer bessere Verbindung zu bringen.

Eine Konferenz der Vertrauenspersonen der Genossinnen in Bayern war von besonderer Bedeutung, weil sie zur besseren Verbindung der proletarischen Frauenbewegung in den einzelnen Agitationsgebieten und zur Ernennung einer Landesvertrauensperson führte. Als solche wurde Genossin Greifenberg einstimmig gewählt. An der Konferenz, die in Nürnberg stattfand, nahm auch ein Vertreter des Landesvorstandes der bayerischen Sozialdemokraten teil. In anderen Zentren unserer Bewegung noch zeitigten die Konferenzen das Ergebnis, daß zur einheitlichen und kräftigen Betreibung der Aufklärungsarbeit unter den Frauen des werktätigen Volks größere Agitationsbezirke geschaffen und Landes- bzw. Provinzial- oder Bezirksvertrauenspersonen der Genossinnen aufgestellt wurden. Eine Provinzialkonferenz für Schleswig-Holstein bestimmte Genossin Daumann als Provinzialvertrauensperson. Für das niederheinische Agitationsgebiet wurde Genossin W. Köhler mit dem Amt betraut. Die nämlichen Gründe, welche zur Aufstellung von Landes- und Bezirksvertrauenspersonen geführt haben, veranlaßten auch, daß die Zahl der Kreisvertrauenspersonen vermehrt worden ist. Es versteht sich, daß die Vertrauenspersonen jeder Art planmäßig und eifrig darauf hingewirkt haben, daß die aufgeklärten Proletarierinnen immer mehr

der sozialdemokratischen Partei auch in aller Form beigetreten sind.

Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat ist mit allem Eifer, aber dank der besseren Organisation mit größerem Erfolge als früher betrieben worden. Überall, wo ein gesculter Stamm von Genossinnen vorhanden ist, haben diese in Verständigung mit der Partei und den Gewerkschaften an der Erweckung und Aufklärung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gearbeitet, haben sie sich bestrebt, diese den wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen ihrer Klasse zuzuführen.

Sodert die äußerst schwierigen Verhältnisse es gestatten, ist auch die Agitation unter den Landarbeiterinnen und Landarbeiterinnen nicht versäumt worden. Einem Beschlusse der Mannheimer Frauenkonferenz zufolge wurde das Referat der Genossin Zieg über die Landarbeiterfrage und Sozialdemokratie in Broschürenform in einer Auflage von 10 000 herausgegeben.

Wie bisher, so haben auch im letzten Jahre die organisierten Genossinnen es für ihre Pflicht gehalten, sich an allen Kämpfen und Aktionen der Sozialdemokratie zu beteiligen. Das aber in Verfolgung des doppelten Zweckes, einmal diese Kämpfe und Aktionen selbst zu fördern, dann aber auch sie der Aufklärung und Aufklärung immer neuer Massen der weiblichen Bevölkerung nutzbar zu machen und sie für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen. Hervorragenden Anteil haben in diesem Sinne die Genossinnen in Preußen genommen, also auch an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus.

Ein anderer Kampf des klassenbewußten Proletariats noch forderte eine energische Beteiligung der Genossinnen. Der Kampf für einheitliches und freies Vereins- und Versammlungsrecht, in dessen Vorberetung die Sozialdemokratie seit Jahren gestanden ist.

Die Rückständigkeit der deutschen Sozialreform, das Schnecken Tempo, in welchem sie im Interesse der ausgebeuteten Massen vorwärts schreitet, die Automobilschwindigkeit, mit der sie im Dienste des Unternehmervortells daherrast, muß das Proletariat im Kampfe um sein Menschenrecht anspornen, welches vom ausbeutenden Kapital mit Füßen getreten wird. Der sozialpolitische Gesetzentwurf der Regierung, welcher nicht einmal für alle Fabrikarbeiterinnen ausnahmslos den Zehnstundentag festlegte, war eine neue Probe auf das Exempel. Es rief die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterchaft auf die Schanzen. Die Genossinnen mußten in dem Kampfe für eine gründliche Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in den ersten Reihen stehen.

Betont muß in diesem Bericht werden, daß unsere Genossinnen tief von der Überzeugung durchdrungen sind, wie notwendig und hochwichtig die gewerkschaftliche Organisation ist. Mit gutem Gewissen kann gesagt werden: es gibt keine politisch aufgeklärte Genossin, geschweige denn eine sozialistische Agitatorin, die nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit, bei jeder politischen Agitation für die gewerkschaftlichen Propaganda machte und sich ganz besonders bemühte, ihnen die Arbeiterinnen zuzuführen und die Arbeiterfrauen über ihre Bedeutung aufzuklären.

Soziales und Parteileben.

In den Steingut-Fabriken Neu-Sörnewitz bei Meißen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen fortgesetzter Mängelregelungen der Vertrauensleute in den Streik eingetreten. Kein Arbeiter darf sich zum Verräter hergeben. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Arbeiterbeisitzer der Gewerbegerichte hielten am 25. und 26. August eine Konferenz in Jena, wo in diesem Jahre auch der Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stattfindet, ab. Den Bericht der Zentralkommission erstattete Holz-Dresden. Redner bezeichnete den Bericht als recht unfruchtbar. Das liege aber an der fehlenden Einheitlichkeit eines Zieles. Die 1901 in Lübeck gefaßten Beschlüsse seien nicht innegehalten worden. Das Verhalten der Generalkommission, die die geforderten Mittel verweigert habe, habe lähmend auf die Tätigkeit der Zen-

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaeker.

(35. Fortsetzung.)

„Hallo, Mac, da wären wir ja am Ende gar zur rechten Zeit hier eingekommen.“ Lachte Dick, „hol mich der Böse, wenn ich von hier fortgehe, ehe ich nicht wenigstens ein bißchen von allem gekostet. Nach Adelaide kommen wir noch immer zeitig genug, und wir laufen sonst am Ende hier am guten Stoff vorbei, nachher drin zu kaufen, was sie eben für gut finden uns vorzusehen.“

„Das kenn' ich,“ sagte Jack kopfschüttelnd, „wenn wir hier einmal anfangen, kommen wir nachher auch nicht mehr weiter, und kriegen die Berge nicht einmal zu sehen. Tut meinetwegen, was Ihr wollt, ich muß aber hinüber in die Inseln, wo Ihr nun mitgeht oder nicht, und ich wenigstens will mir mein bißchen Verstand noch scharf und bekümmern halten. Ihr anderen habt Euren freien Willen.“

„Danke, mein Junge,“ sagte Meik, „bist doch verdammt gut, daß Du uns die Erlaubnis gibst. Na, aber was hat denn Mac Pherion? Der schneid't ja ein Gesicht, als ob er irgendwo ein Paar neue Handschellen, oder ein vorzügliches Gefängnis mit Verbesserungssystem erfunden hätte! — Nun, was gib't, mein Bob? — Irgendwo vielleicht eine Schraube los?“

„Wißt Ihr's schon?“ flüsterte der Wirt jetzt dem ihm zunächst sitzenden Bob zu.

„Nun was? — Daß sie Euch nächstens den heimlichen Verkauf von Branntwein legen werden, heh? Dazu braucht man kein Prophet zu sein, um das zu wissen.“

„Malt den Teufel nicht an die Wand, Junge, und schreit das ganz besonders nicht zu laut in die Welt hinein,“ erwiderte Mac Pherion, sich dabei unruhig umschauend, als ob er selbst hier, mitten in der Wildnis, gehört zu werden fürchte. „Aber wißt Ihr schon, wer hier oben irgendwo im Busche steckt — he?“

„Nun, alte Gule, wer wird's sein?“ lachte Bob, „Se. Excellenz der Gouverneur von Gottes Gnaden?“

„Amann?“ rief der Wirt ärgerlich, „Jack London!“

„Nun?“ sagte Bob ruhig.

„Nun?“ wiederholte erstaunt Mac Pherion, „Jack London, der berühmte Buschhändcher.“

„Berühmt?“ sagte Bob mit einem verächtlichen Nasenrumpfen, „wer hat denn den zu einer Berühmtheit gemacht?“

„Wer? — Der Gouverneur — sind nicht hundert Pfund Sterling auf seinen Kopf gesetzt?“

„Das war der Mühe wert,“ sagte der Ochsentreiber, mit den Schultern zuckend, „ich hab's von den Leuten, die es am allerbesten wissen können, daß Jack London gerade so gut zum Buschhändcher paßt wie Ralph da, und der war' keine fünf Pfund wert.“

Die anderen lachten, Mac Pherion aber, der sich die Wichtigkeit seiner Nachricht nicht wollte schmälern lassen, rief ärgerlich:

„Na, Ihr werdet's wohl am Ende besser wissen wollen, als die Polizei, und wenn die einmal so viel Geld daran wendet, könnt Ihr euch auch fest darauf verlassen, daß sie weiß, was sie tut.“

„Die Polizei, mit Respekt zu melden,“ sagte Meik ernsthaft, „soll zu Grabe gehen. Der rote John war seit seiner Geburt ein besserer Buschhändcher am linken Ohrläppchen als Guler Jack London über den ganzen Leib. Was' mir den Buckel und mach' mich nicht naß, ist sein Wahlspruch. Will unter den Wölfen leben und nicht mit ihnen heulen, steht ein Pferd wie ein Mann, und bezahl't's nachher wie eine Nachtmähe, bah, so viel für ihn.“

„Und hat er etwa damals bei der Postgeschichte,“ fiel Bob ein, „auch nur eine Hand angelegt, und nicht nachher den dicken Pad sogar über den Haupte geschossen, weil der mit dem hübschen Mädchen in der Kutsche ein bißchen näher bekannt werden wollte. Hol der Teufel einen solchen zweisehultrigen Salunken, und wenn sie ihn fangen und aufhängen, wollt' ich eine Flasche auf die Gesundheit des Schariffs, mit Respekt zu melden, trinken. Verdammt, wenn ich's nicht tue. Da hat Meik recht, der rote John ist ein anderer Kerl und fünfzehnhundert Pfund wert, wenn sie auf den Jack London hundert setzen.“

„Hallo, Mate, Ihr redet ja gerade, als ob Ihr dabei gewesen wäret!“ lachte Mac Pherion.

„Bah,“ brummte Bob kopfschüttelnd, „die Zeiten sind vorbei. Der Busch ist zu trocken und nichtsnutzige Spione sitzen auf jeder Ecke. Es ist keine Freude mehr am Handwerk, und so was paßt auch eher für junge Kerle. Wenn man erst einmal in das Alter kommt, tut's einem wohl, so und so viel per Jahr sicher zu haben, und nicht mehr abge-

heht zu werden, wie ein Dingo draußen. Seit ich meinen Freipaß habe, prügele ich Ochsen statt Polizeidiener, und will von der ganzen Geschichte nichts mehr hören.“

„Und dabei trinkt er in Gedanken die ganze Flasche aus,“ rief Mac, „Verdammt Eure Augen, Mate, aber das heißt nicht ehlich geteilt.“

„Jungens, ich dächte wir tränken überhaupt noch eine von dem Stoff!“ sagte Ralph, „auf meine Kosten.“

„Bravo, Mate — Donnerwetter, der Bengel hat Anlage,“ lachte Dick, „aus dem kann noch einmal etwas werden.“

„Das ist dann aber hier die letzte Flasche,“ rief Jack dazwischen. „Den andern trinken wir drüben in Adelaide, oder kehren erst noch einmal unterwegs ein.“

„Aha, ich glaubte schon, Du wollest in einem Strich bis in die Stadt laufen,“ lachte Ralph, „aber da kommt Mac Pherion schon wieder. Der muß die Flasche hinter der Tür gehabt haben.“

„Das ist ein alter Gauner,“ knurrte Bob, „aber ich denke, dieses Mal soll er sich geirrt haben.“

Mac Pherion hatte sich aber nicht geirrt und kannte seine Leute besser, als sie sich vielleicht selber. Nach und nach suchte er sie zum Trinken zu reizen, traktierte sie noch mit einem kleinen Häßchen Sardellen, die er gleich fertig serviert mit geröstetem Dampfer herausbrachte, und mußte sie endlich mitkommen dahin zu bringen, daß sie wenigstens heute nicht mehr von seinem Hause aufbrachen. Mehr verlangte er nicht, denn daß sie nachher nicht fort kamen, so lange ihr Geld wenigstens ausreichte, mußte er recht gut.

Das Trinken begann jetzt in milder Art und Lust, zugleich mußte die Frau im Hause kochen und braten, und auftragen, was die Küche imstande war zu liefern. Ein junges Mädchen, eine entfernte Verwandte des Alten, wie er sagte, bediente dabei die Gäste, denen es ein eigentümlich behäbiges Gefühl war, überhaupt Frauen wieder einmal an sich und mit sich beschäftigt zu sehen. Sie trieben es so immer jedoch noch ziemlich mäßig, bis zum Nachmittag, wo Mac endlich den von Mac Pherion lange erhofften Vorschlag machte, ein Spielchen zu versuchen, um die Zeit rascher in den Busch zu jagen. Die übrigen wollten allerdings noch nichts davon wissen, nur Meik beteiligte sich dabei und Mac Pherion setzte einmal eine Kleinigkeit und verlor. Das dauerte aber nicht lange. Erst trat Bob, dann Dick mit zum Tisch, Flasche nach Flasche wurde herbeigeschafft, dabei

Realisationskommission gewirkt. Redner unterbreitete der Konferenz einen Arbeitsplan, wie ihn die Kommission für nötig erachtet. Derselbe soll sich auf folgende Gebiete erstrecken: 1. Ausarbeitung eines Organisationsplanes zur besseren Verbindung der Arbeiterbelegschaft untereinander. 2. Statistische Aufnahmen über Angelegenheiten, welche von der amtlichen Statistik ausgeschlossen sind. 3. Schaffung eines Normaltarifs für die Gewerbebelegschaft. 4. Prüfung der Verhältnismäßigkeitsfrage. 5. Prüfung der Ortsstatuten. 6. Prüfung von Mängeln an den Gewerbebelegschaften. 7. Abhaltung von Landkonferenzen. 8. Zuständigkeitsfrage der Arbeiter der Bauhandwerker. 9. Schutz der Forderungen der Arbeiter gegen Bauhandwerker. 10. Aufstellung von Beratungsgegenständen zu den Konferenzen und Verbandstagen. 11. Reform des Berufungsverfahrens. 12. Anregungen zur Errichtung von Gewerbebelegschaften und Sammlung des diesbezüglichen Materials. 13. Die Zentralkommission soll anregend wirken. 14. eine Geschäftsordnung ausarbeiten. 15. die Konferenzen regelmäßig zwei Tage vor den Verbandstagen einberufen. Nachdem der Referent dann noch die Frage, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern zu empfehlen seien, gestreift und sich und die Zentralkommission gegen den Vorwurf der Sonderbündelei innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verwahrt hatte, erfuhr er die Konferenz um Stellungnahme zu den Anträgen der Kommission und den Vertretern der Generalkommission um Bewilligung der erforderlichen Mittel. — Der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, wandte sich gegen den Berichterstatter. Die Generalkommission habe alle erforderlichen Mittel bewilligt; allerdings halte sie die Aufnahme unfruchtbarer Statuten für zwecklos. — Da Anträge nicht gestellt waren, schloß die Versammlung damit, daß man hofft, die Angelegenheit zur Zufriedenheit aller Kreise lösen zu können. Über seine Tätigkeit im Verbandsauschuß berichtete Starke-Dresden. Als Sitz des Ausschusses wurde Dresden und als Vertreter desselben Starke wiedergewählt. Unter Punkt 4 berichtete Holz über die Gewerbebelegschaft als Einigungssamt. Redner führt aus, daß die Gewerbebelegschaft in dieser Hinsicht ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien, was vornehmlich an den Vorständen liege, denen häufig das sozialpolitische Verständnis abgehe. So z. B. habe der Erscheinungszwang in der Praxis vollständig versagt. Dann gab Holz ein einleitendes Referat zu Punkt 5 „Das Verhältniswahlrecht“. Redner befürwortete ein Proportionalwahlrecht, da bei dem jetzigen Durcheinander große Unklarheit herrsche. Vertreibt sich es, wenn unsererseits im Prinzip die Verhältniswahl gefordert, in der Praxis aber die obligatorische Einführung verlangt werde. Daß im Prinzip für richtig Erkannte müsse auch ohne Rücksicht auf etwaigen Schaden gefordert werden. Ebenso sei es mit den zu empfehlenden Listen zu halten. Nur gebundene Listen können empfohlen werden, weil lediglich diese ein Prinzip bei der Wahl bedeuteten können. Redner bedauerte, daß die Angehörigen anderer Organisationen nicht unbeschränkter Zutritt haben. Die Angelegenheit wird vertagt. Eine rege Debatte setzte dann ein bei Besprechung des Punktes „Rechtssprechung an den Gewerbebelegschaften“. Redner führte aus, daß die Unternehmer die augenblickliche Zeit der Krise auszunutzen, um ihre Position auf wirtschaftlichem Gebiet zu stärken, darunter leide auch die Rechtssprechung. Der § 616 sei durch „Verträge“ ausgeschaltet nach dem Rezept: „Vogel friß und wirb“. Wer die Arbeitsordnung nicht anerkenne, erhalte keine Arbeit. Auch der § 394, der die Lohnaufrechnung verbietet, werde viel umgangen. Dasselbe sei mit § 273 der Fall, der das Zurückbehaltungsrecht regelt. In eingehender Weise sucht Redner nachzuweisen, daß es mit der Rechtssprechung auf den angeordneten Gebieten sehr hapert und daß es Pflicht der Arbeiterbelegschaft sei, jedem Veruche der Verschlechterung der bestehenden Bestimmungen entgegenzuarbeiten. Hierzu führte Robert Schmidt aus, daß dies sehr wichtige Gebiet bereits durch unsere Fraktion im Reichstag erörtert wurde und die Angelegenheit der Kommissionsberatung unterliegt. Redner verbreitet sich in längeren Ausführungen dahin, daß seitens der Unternehmer versucht werde, die sogenannte Schadenersatzfrage unter der Maske des „Diebstahls“ zuungunsten der Arbeiter zu beeinflussen; auch die Heimarbeiterstellung zur Praxis der Rechtssprechung, die sogenannten „Kautionen“ der Arbeiter, die Ausnutzung der Wohnungsnot durch die Unternehmer zc. unterzog Redner einer eingehenden Kritik und forderte die Bekämpfung dieser Verschlechterungsbestrebungen. Die Vertreter einer größeren Anzahl Gewerbebelegschaften lieferten in der dann folgenden Debatte durch eine Fülle von Einzelheiten weiteres Material zu diesem Thema.

Wie man den Arbeitern die Organisationsgedanken andrückt. In Goldmühl (Oberfr.) wurde schon wiederholt eine Organisation der Textilarbeiter gegründet, aber jedesmal gelang es dem Unternehmertum, ihr den Garauß zu machen. Zuletzt wurde im März d. J. eine Verbandsfiliale errichtet. Der Direktor der dortigen Weberei meinte,

„Ja, das ist wahr,“ sagte Miller, „indem er, noch zaudernd, das Glas nahm. Nun denn, Mate, auf Eure Gesundheit und — frohe Heimkehr!“ setzte er mit leiserer Stimme, wie mit sich selber redend, hinzu, indem er das ihm gebotene Glas erst wie zum Kosten an die Lippen brachte und dann auf einen Zug leerte.

„Gut, das schmeckt!“ lachte Mac Pherson. „Wetter Mann, Ihr habt einen vorzüglichen Zug, und an Euch machen die Mägdeketten einen guten Fang. Bei Euch lohnt's. Schaffer!“

„Gütemächter,“ erwiderte der Gefragte bescheiden, indem er sich den Mund mit dem Kockarmel wischte. „Und abgelohnt?“ frug Mac.

„Habt's erraten,“ erwiderte Miller, mit einem unbestimmten Gefühl, daß er sich durch aufrichtige Erzählung seines Unfalles die Teilnahme der Burschen, mit denen er doch nun einmal zusammen war, am raschesten gewinnen würde.

„Doch nicht etwa Polizeigeschichten?“ frug Mac Pherson vorsichtig.

„Oh, hol' Euch der Teufel!“ unterbrach ihn augenblicklich Bob ärgerlich; „geht Euch das was an, was sie in Neu-Süd-Wales treiben, heh? Oder habt Ihr hier Leute auszuholen, wenn sie den blutigen schwarzen Blausack aus dem Wege gehen?“

„Nichts mit der Polizei,“ erwiderte ruhig Miller, während die Spieler ihr Spiel auf kurze Zeit unterbrachen, um von dem, was sie alle ganz besonders interessierte, etwas Näheres zu hören, die sind, so viel ich weiß, hinter anderem Bild her, und wenn das wahr ist, was sie sich gestern abend in Nord-West-Bend erzählten, so haben sie auch zwei von den Schlimmsten schon eingefangen oder totgeschossen.“

„Alle Wetter!“ rief Meit, mit der Faust auf den Tisch schlagend, „und habt Ihr etwas von ihnen gesehen, Mate?“

„Gesehen, wenig genug,“ sagte Miller, während er sich den Tisch zurechtzte, auf den ihn Mrs. Mac Pherson eben ein rasch bereitetes und sehr einfaches Mahl auftrug, wenn nicht der Bursche, der meine Stelle bekommen hat, und wild und verzweifelt genug dreinschaute, dazu gehörte.“

„Wie sah er aus?“ rief Meit, der sich besonders dafür zu interessieren schien.

unser Herrgott werde schon dafür sorgen, daß die rote Organisation nicht aufkommen könne, aber er scheint sich doch nicht so recht auf die Mithilfe des Herrgottes verlassen zu haben, denn er legte sich selbst kräftig ins Zeug, um die Arbeiter mürbe zu machen. Sie mußten fünf Wochen lang jede Woche drei halbe Tage aussetzen, die „Mißliebigen“ wurden a. i. schlechte Stühle gestellt zc., auch Maßregelungen erfolgten. Auf diese Weise gelang es, die entscheidenden Elemente hinauszukeln, die übrigen waren dann bald mürbe gemacht, so daß sie der Organisation den Rücken kehrten. Der Herr Direktor ist natürlich ein strammer Liberaler.

Der Achtuhrabendenschluß. Die Bewegung für den Achtuhrabendenschluß in den Kreisen des kaufmännischen Personals hat schon ganz ansehnliche Erfolge gehabt. Aus einer Statistik, in welcher nicht nur die Orte, wo der vollständige Ladenenschluß für alle Branchen, sondern auch die, wo er nur für einzelne oder mehrere Geschäftszweige besteht, aufgeführt sind, ergibt sich, daß der Achtuhrabendenschluß ganz oder zum Teil eingeführt ist: in 82 Großstädten (100 000 Einwohner und mehr) in 127 Mittelstädten (20 000—100 000 Einwohner) in 142 Kleinstädten (500—20 000 Einwohner) und in 71 Landstädten und Orten (unter 5000 Einwohner.) Seit Fortstellung der Statistik sind noch etwas über 50 Orte hinzugekommen, wo der Achtuhrabendenschluß inzwischen zur Einführung gelangt, jedoch er gegenwärtig in rund 430 Orten besteht. Sobald sich die Kaufleute und das Publikum an den frühen Schluß gewöhnt haben, befinden sich beide Teile in der Regel sehr wohl dabei.

Sicherheitspolizeiliche Schikanen bei der Ausübung des Versammlungsrechts. In Gleimitz wurden in voriger Woche nicht weniger als 4 Versammlungen von Gewerkschaften, die nach dem Gewerkschaftsstatute einberufen waren, aus sicherheitspolizeilichen Gründen aufgelöst und zwar weil das Lokal baufällig sein soll und weil es mit der Eingangsfront nach dem Hofe liegt, so daß es von der Straße aus polizeilich nicht beobachtet werden kann. — Der Polizeibehörde ist offenbar noch nicht bekannt, daß § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes bestimmt, die sicherheitspolizeilichen Bestimmungen sollen nur soweit Anwendung finden, als es sich um Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer einer Versammlung handelt. Recht baldige Belehrung erscheint dringend nötig. In jedem Abend waren nach dem Versammlungsorte bis zu 7 Polizisten nebst einem Polizeihunde beordert worden, wahrscheinlich befürchtete die Polizei, daß die Arbeiter dem so provokatourischen Auftreten mit Widerstand begegnen würden.

Ein neuer Gewaltstreik gegen das Koalitionsrecht der Angestellten. Die in der Maschinenfabrik Augsburg sitzenden Scharfmacher der bayerischen Metallindustrie haben durch ein neues Attentat auf das Koalitionsrecht der Angestellten alles bisher von dieser Seite Gebotene übertrumpft. Nachdem das Ansuchen der Direktion, für 500 Mk. Gratifikation aus der Berufsorganisation auszutreten, nur bei den kaufmännischen Angestellten Erfolg hatte, versuchte man, nun auch die technischen Angestellten mürbe zu machen. So wurden in den letzten Tagen die Mitglieder des Deutschen Techniker-Verbandes einzeln in die Bureaus der Abteilungscheffs berufen. Hier mußten diese „freiwillig“ Gefommenen den Verkauf ihres Koalitionsrechtes eigenhändig schreiben und in die Hände der Abteilungscheffs legen. Die genannten Verbandsmitglieder haben alle unterschrieben! Der Redner, den sie ausstellen mußten, verpflichtete die Betroffenen, der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg Mitteilung zu machen, wenn sie irgend einer Organisation beitreten, ebenso mußten sie sich verpflichten, niemals dem „Bund der technisch-industriellen Beamten“ anzugehören. Als die Leute sich ihrer Menschenrechte geben hatten, wurde ihnen eröffnet, daß die Direktion jetzt Aufbesserung gewähre! — Wie sagte doch der Scharfmacher der Industriellen des Saargebietes, Handelskammerpräsident Dr. Tille: „Die Menschenrechte gehören in die Rumpelkammer!“

Abwehr der neuen Massenansperrung in Dänemark. Die Schuharbeiter Kopenhagens haben am Sonntag in ihrer außerordentlichen Generalversammlung mit 497 gegen 382 Stimmen beschloffen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit ist auch ihrerseits das zwischen dem Verband der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen getroffene Übereinkommen anerkannt und der Unternehmerorganisation der Grund für die zum 31. August angekündigte Massenansperrung genommen. Die Generalversammlung der Schuharbeiter sprach aber auch in einer Resolution ihre Mißbilligung darüber aus, daß die Repräsentantschaft des Gewerkschaftsverbandes das vom Minister Berg vorgeschlagene Übereinkommen gutgeheiß hat, und zwar in der Meinung, daß der Gewerkschaftsverband sich damit verpflichtet habe, vorläufig keine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zu erheben. Das ist jedoch ein Irrtum, der von Leuten, die

auf eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung hinarbeiten, verbreitet wird. Tatsächlich befragt das Übereinkommen in dieser Hinsicht, daß jene Forderung in Verufen, wo besondere Verhältnisse dafür sprechen, sofort aufgehoben werden kann, und daß die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung erhoben werden kann, sobald die Gewerkschaften selbst meinen, daß die Verhältnisse danach angehen sind.

Zur Budgetbewilligung. In einer in Leipzig abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Vereines für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land) wurde nach einem Referat über die Aufgaben des Nürnbergberger Parteitages folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erblickt in der Budgetbewilligung durch die bayrische und badische Landtagsfraktion nicht nur einen groben Verstoß gegen den Sinn der Lübecker Resolution, sondern auch einen Ausfluß kleinbürgerlicher Politik, die sich ängstlich bemüht, die Luft, die das revolutionäre Proletariat von den herrschenden Klassen trennt, durch Konzeffionen und Annäherungsversuche zu überbrücken. Die Weigerung des badischen Landesvorstandes, dem deutschen Parteivorstand auf seine im Parteinteresse gestellte Anfrage eine Antwort zu geben, verurteilt die Versammlung als einen Versuch, die organisatorische Einheit der Partei zu sprengen, und die geschlossene Gesamtpartei dem Partikulärismus zu opfern. Um in Zukunft Budgetbewilligungen von vornherein unmöglich zu machen, ersucht die Versammlung den Nürnbergberger Parteitag, den Schlußsatz der Lübecker Resolution zu streichen.“

G. N. gegen G. N. Der „Vorwärts“ schreibt: Wir lesen in einem 1903 erschienenen Buche auf Seite 96 folgenden:

„Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten haben stets gegen das Gesamtbudget gestimmt, weil sie eine Anzahl darin festgelegter Ausgaben, wie die Anlagen, die Zivilliste, die auswärtigen Gesandtschaften, die Ausgaben für evangelische Kirchen, Ordenskanzlei und anderes, nicht billigen konnten und dadurch zugleich Protest gegen das herrschende Regierungssystem und die einseitige Polizeiherrschaft ausdrücken wollten.“

Und wie heißt das Buch und wer ist sein Verfasser? Der Verfasser ist derselbe Genosse G. N. (Emil Nischke), Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, der schon der erstanten Mitwelt verkündete, daß die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion mit zwei Ausnahmen stets für das Budget gestimmt hätte. Derselbe Genosse Emil Nischke hat 1903 „im Auftrage des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Sachsen“ ein „Handbuch für sächsische Wähler“ verfaßt: „Sächsische Politik“, das mit einem Geleitwort von August Bebel, im Verlage von Raben u. Co., Dresden, erschienen ist, 368 Seiten stark. — Was hat doch Genosse Emil Nischke für ein auffallend kurzes Gedächtnis, daß er sich dieser vor fünf Jahren von ihm geschriebenen Verteilung des Verhaltens unserer sächsischen Landtagsabgeordneten nicht mehr erinnert! Und welches Maß von Leichtfertigkeit gehört dazu, gerade im jetzigen Moment eine solche schwerwiegende Behauptung über das Verhalten unserer Landtagsabgeordneten aufzustellen und sich nicht einmal die Mühe zu geben, in dem von ihm selbst verfaßten Buche nachzuschlagen, wie die Tatsachen sich verhielten! Es ist unerhört, daß gerade derselbe Genosse Nischke, der 1903 der Wahrheit entsprechend feststellte, unsere Genossen haben stets gegen das Budget gestimmt, jetzt das Märchen in die Welt setzt, die Genossen hätten für das Budget gestimmt. Wir überlassen das Urteil über ein solches in der Partei bisher noch nicht dagewesenes Gebaren den Genossen innerhalb und außerhalb der grün-weißen Grenzpfähle.

Wie Arbeiterschutzbestimmungen zustande kommen.

Das ziemlich häufige Vorkommen von Mißbrand-erkrankungen bei den in Kofhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien und Pinsel- und Bürstenfabriken beschäftigten Personen und das Verlangen der Arbeitervertreter im Reichstage um Einführung des Desinfektionszwanges haben den Bundesrat veranlaßt, am 28. Januar 1899 denselben für die in diesen Betrieben verwendeten Haare und Borsten und Schußbestimmungen für die damit beschäftigten Personen auf Grund der Ermittlungen des R.-G.-M. (Reichsgesundheitsamtes) zu erlassen. Zwar wurde durch die vorgeschriebenen Desinfektionsverfahren

„Nun, wie eben jemand aussieht,“ lautete die Antwort, „der sich Gott weiß wie lange im Busch herumgetrieben, und gar nicht mehr weiß, was Seife und ein Spiegel ist. Rote Haare und Bart, dabei blaue Augen, mit viel Sommerprossen und einen Ohrring im linken Ohr. Hatte auch eine Doppelflinte bei sich, ein gutes Gewehr, und schien sich eben nicht viel daraus zu machen, daß sie der erste Stockkeper in die Augen kriegte.“

„Oh,“ murmelte Meit, der heimlich unter dem Tisch Bob angestochen hatte, „und den haben sie festgenommen?“

„Ja, das weiß ich nicht,“ erwiderte mürrisch der Gefragte, indem er die vor ihn gesetzten Lebensmittel verarbeitete. „In der Nacht brachen die Schwarzen in die Hürden und trieben die Schafe aus, und da schickten sie mich fort und nahmen den andern an.“

Und zogen Euch das Geld für die verlorenen Bestien ab, heh, Mate?“ frug Ralph, der an diesem Gegenstand einen besonderen Anteil nahm.

Nein, das nicht. Ich bekam mein Geld bei Heller und Pfennig ausgezahlt.“

Den Teufel auch!“ riefen die meisten erstaunt; „und wie hieß das alte Poffum, das so splendid mit dem Stoff herausrückte?“

„Bowell, ein guter alter Herr.“

„Und da jagten sie Dich zum Teufel!“

„Hierher wenigstens,“ lächelte Miller, der seine Leute kammie.

Bravo, mein Junge!“ rief jetzt Jack, dem die Antwort gefiel. „Verdammt mich, wenn das nicht noch ein Glas wert ist, hier, Mac Pherson; warst Du schon lange drüben?“

„Ziemlich ein Jahr.“

„Desto besser, so passen wir auch zu einander. Hier sind fast lauter Jahresfreie zusammen, und wir haben uns hier „gepflanzt“, um nach einem zwölfmonatlichen Hundeleben auch einmal einen freien Tag zu haben, beschreibener kann der Mensch doch nicht gut sein!“

„Wäre gern auch einmal wieder einen Tag fidel,“ murmelte Miller flüster in sich hinein, „aber es geht nicht, muß nach Hause.“

(Fortsetzung folgt.)

nicht die vollständige Verhütung von Milzbranderkrankungen erreicht, da man keine zu intensive Einwirkung des strömenden Wasserdampfes vorschrieb, durch eine Zusatzbestimmung vom 22. Oktober 1902 wurde auch für verarbeitetes Ziegenhaar der Desinfektionszwang eingeführt.

Für die in Gerbereien, Fell- und Häutefabriken beschäftigten Arbeiter wurde aber, obwohl sie nicht weniger von Milzbrandinfektionen betroffen werden, von den Inhabern dieser Betriebe ein wirksamer Desinfektionszwang ihres Arbeitsmaterials sowie die Einführung wirksamer Schutzbestimmungen für ihre Arbeiter durch allerlei Schwierigkeiten bisher hingehalten, die schließlich, wie nachstehende Daten zeigen, nur mit größter Regeneration seitens des R.-B.-A. (Reichsversicherungsamt) und des R.-G.-G. (Reichsgesundheitsamtes) endlich in sehr beschränktem Umfange in den dieserhalb mit dem Vorstande der Leder-Berufsgenossenschaft gepflogenen Verhandlungen angenommen.

Schon am 18. April 1891 war im „Deutschen Reichsanzeiger“ Nr. 92 eine vom R.-G.-G. verfaßte „Belehrung über Gesundheitschädigungen durch den Verkehr mit ausländischen Rohhäuten“ erschienen. Da dieselben aber keine verpflichtende behördlichen Bestimmungen, sondern nur Vorschläge und Ratsschläge enthielten, so hatten sie keine bemerkbare Wirkung. Ende 1901 ersuchte das Reichsversicherungsamt die Lederindustrie-Berufsgenossenschaft um eine Äußerung, ob sie die Aufnahme besonderer Bestimmungen über die Behandlung der Felle milzbrandkranker Schafe in die Unfallverhütungsvorschriften beabsichtige. Die Genossenschaft verneinte darauf die Notwendigkeit und Möglichkeit solcher Bestimmungen. Die Milzbranderkrankungen nahmen nicht ab. Das wurde z. B. in einer Bekanntmachung des Hamburger Medizinalkollegiums vom 26. Juni 1902 und in dem Rundschreiben der anhaltischen Regierung, Abteilung des Innern vom 7. August 1902 anerkannt.

Mitte 1902 sah sich das R.-B.-A. genötigt, dem Vorstande der Berufsgenossenschaft unter Hinweis auf zahlreiche, namentlich in Kirchheim, Bezirk Frankfurt a. O., vorgekommene Milzbrandfälle zu erklären, daß eine Ergänzung der Unfallverhütungsvorschriften dringend notwendig sei. Nun wurden die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft vom Vorstande um geeignete Vorschläge zur Ergänzung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften ersucht. Infolgedessen reichte der technische Aufsichtsbeamte Möser im Oktober 1902 einen Entwurf ein, der sich im wesentlichen an eine Verordnung des Regierungspräsidenten von Schleswig-Holstein an schloß und für die Bearbeitung trockener ausländischer Häute sowie inländischer Schaf- und Ziegenfelle Geltung haben sollte.

Am 22. November 1902 veröffentlichte das R.-G.-A. im „Reichsanzeiger“ Nr. 275 noch eine neugearbeitete „Belehrung über die Gesundheitschädigungen durch Häute“. Aber da auch sie nur in Ratsschlägen bestanden, blieben sie ebenfalls ohne Wirkung.

Im Dezember 1902 wurde dem R.-B.-A. der Möser'sche Entwurf vom Vorstande vorgelegt, in dem aber eine Beschränkung der Bestimmungen auf ausländische Felle und Häute vorgeschlagen wurde. Das R.-B.-A. erklärte sich hierauf mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden, verlangte aber seine Ausdehnung auch für inländische Schaf- und Ziegenfelle, da tatsächlich auch bei Bearbeitung solcher inländischen Felle Milzbrandvergiftungen vorgekommen waren.

Der Vorstand der Berufsgenossenschaft erörterte in seiner Sitzung vom 27. Juni 1903 die Angelegenheit „eingehend“, wie er in seinem Berichte sagt, und gab nach mehrfachen Sitzungen Ende September 1903 dem R.-B.-A. Kenntnis, daß dem Möser'schen Entwurf mit einigen Änderungen zugestimmt sei. Das R.-B.-A. veranlaßte namentlich die Anhörung der eingetragenen Berufsvereine, namentlich des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie, und legte den Entwurf dem Staatssekretär des Innern vor, der auch das Reichsgesundheitsamt zu einer Begutachtung desselben heranzog.

Im Mai 1906 fand dann auf Veranlassung des R.-G.-A. eine Beratung mit Vertretern des R.-B.-A. unter Teilnahme eines Vertreters der Leder-Berufsgenossenschaft statt. Den aus dieser Beratung hervorgegangenen Entwurf überfandte dann das R.-B.-A. der Berufsgenossenschaft zur eventuellen Einleitung des in § 113 des Unfallverhütungsgesetzes vorgeschriebenen Verfahrens (Einholung gutachtlicher Äußerungen der Sektionen und Beratung mit Arbeitervertretern).

Die Sektionen waren mit dem ihnen vorgelegten Entwurf größtenteils nicht einverstanden. Nach den von ihnen eingehenden Äußerungen erschien eine nochmalige mündliche Beratung im Genossenschaftsvorstande wünschenswert. Inzwischen wurden über die nach dem 1. Januar 1906 aus Gerbereien zur Anzeige gekommenen Milzbrandvergiftungen statistische Ermittlungen angestellt. Auf Grund derselben gelangte der Genossenschaftsvorstand zu der Ansicht, daß der Betrieb der Gerbereien und Lederfabriken durch die Sicherheitsvorschriften erschwert und die Unternehmer, namentlich die kleineren, in unendlicher Weise belästigt würden. Die wirksamsten Maßnahmen seien in der Belehrung der Unternehmer und Arbeiter über die bestehende Milzbrandgefahr und in einer rechtzeitigen und sachgemäßen Heilbehandlung zu erblicken.

Von dieser grundsätzlichen Stellungnahme gab der Genossenschaftsvorstand dem R.-B.-A. Kenntnis, veröffentlichte sie auch in der Presse und legte sie den Unternehmerorganisationen vor. Die bedeutendste der letzteren, der Zentralverein der deutschen Lederindustriellen, setzte die Angelegenheit auf die Tagesordnung seiner Hauptversammlung, die 1907 in Hamburg abgehalten wurde. Hier wurde eine Resolution angenommen, dahingehend, daß die Verhältnisse bei der Milzbranderkrankung noch nicht spruchreif seien. Man wisse trotz dauernder Beobachtung noch nicht endgültig, bei welcher Arbeit die Milzbranderkrankung hauptsächlich eintritt. Infolge dessen ersuche man das R.-B.-A., ehe Vorschriften erlassen werden, in Verbindung mit dem R.-G.-A. festzustellen, bei welcher Arbeit die Vergiftung eintritt, und dabei namentlich die

Arzte zu hören. Man behauptete auch, daß, nachdem verschiedene Ärzte die besten Erfolge bei Behandlung der Milzbranderkrankungen aufzuweisen gehabt haben, die Frage nicht mehr ein so ernstes Gesicht habe wie früher! Wenn Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, so sei man im Prinzip nicht dagegen, man müßte sich aber gegen eine Reihe Einzelheiten des vorliegenden Entwurfes erklären, so gegen die Vorschrift der Trennung der Lager von den Wohnräumen, die in kleineren Betrieben undurchführbar sei; aus demselben Grunde gegen den vorgeschriebenen festen Fußboden, ferner gegen die Bestimmung, daß den Arbeitern Arbeitsanzüge und Schutzkappen geliefert werden sollen, also auch von den Arbeitern angelegt werden sollen, denn sie würden die Arbeiter bei der Arbeit nur hindern.

Der Präsident des R.-B.-A. lud zum 4. Januar 1908 den Genossenschaftsvorstand zu einer neuen Konferenz ein, zu der auch ein Vertreter des R.-G.-A. zugezogen war. Hier legte der Genossenschaftsvorstand einen neuen Entwurf vor, in dem er im Einverständnis mit den Sektionen im wesentlichen nur folgende Gesichtspunkte berücksichtigte: 1. Belehrung der Betriebsunternehmer und Arbeiter über Milzbrandgefahr durch eine vom R.-G.-A. unter Anhörung der Berufsgenossenschaft aufzustellende Anleitung, 2. Anbringen von Aushängen in den Betriebsräumen über Entstehung und Bekämpfung der Milzbrandvergiftungen nach Analogie eines englischen Plakates, das den Mitgliedern der Berufsgenossenschaft zur Verfügung gestellt werde, 3. Zurückhaltung solcher Arbeiter, die wunde Hautstellen haben, von Arbeiten, die eine Ansteckungsgefahr bieten, 4. sofortige Verbringung jedes milzbrandverdächtigen Arbeiters in das nächstgelegene Krankenhaus. Daneben wurden einige Bestimmungen des vorherigen Entwurfs, denen eine gewisse vorbeugende Wirkung beigelegt wurde und deren Durchführung möglich sei, beibehalten, besonders über verschließbare Lagerräume, vorsichtige Behandlung der Häute und Felle, Wascheinrichtung und abgedeckten Speiseraum.

Bei der 3/4ständigen Besprechung der Angelegenheit kam die Konferenz schließlich wieder zu der Überzeugung, daß „die vorliegende Frage noch nicht genügend geklärt sei, um der Industrie sie besonders belastende und in ihren Wirkungen zweifelhaft Bestimmungen aufzuerlegen“. Man stellte sich daher auf den Boden des neuen Entwurfs der Berufsgenossenschaft, der nur in einigen wenigen Punkten kleine Änderungen erfuhr. Die Vorschriften sollten aber nur auf 3 Jahre erlassen werden, und es sollte nach dieser Zeit auf Grund der inzwischen zu machenden Feststellungen eine Durchsicht der Vorschriften stattfinden. Die Vorschriften des neuen Entwurfs, die sich übrigens nicht, entsprechend dem Vorschlage der Genossenschaft, als spezielle Vorschriften, sondern als ein Nachtrag zu den allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften darstellen sollten, wurden inzwischen den Sektionsvorständen zur Begutachtung nach § 113 des Gesetzes übermittelt. Auch wurden die Sektionen um die Auswahl der Krankenhäuser, die sich zur Behandlung der Milzbranderkrankten besonders eignen und denen jeder Milzbranderkrankte alsbald zu überweisen sei, ersucht. Ferner wurde wegen Ausarbeitung eines Plakats und Belehrung der Arbeiter über Milzbrand das Erforderliche (!) veranlaßt, der Entwurf auch durch die Fachblätter zur Kenntnis der Mitglieder gebracht und diese ersucht, etwaige Wünsche in bezug auf die Fassung dem Genossenschaftsvorstande mitzuteilen.

Dieser Entwurf kann dann in der Genossenschaftsversammlung am 22. Mai 1908 in Eisenach zur Beratung. Hier teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß in der Konferenz, die am 4. Januar 1908 im R.-B.-A. stattfand, eine Einigung mit der Aufsichtsbehörde dahin erzielt worden sei, daß auch den Bedenken der Genossenschaft hinsichtlich der Einrichtung der Lagerräume sowie deren Reinigung und Desinfektion Rechnung getragen sei. In der gemeinsamen Beratung des Entwurfs durch den Genossenschaftsvorstand und die gewählten Arbeitervertreter (die mit besonderen Anträgen nicht durchdrangen und sie zurückgezogen) habe man sich ebenfalls über den Entwurf vollständig geeinigt. (Die Auslassungen der Arbeitervertreter selbst werden aber mit keinem Worte erwähnt.) Dann wurden die einzelnen Paragraphen des Entwurfs besprochen: Im Titel und in den einzelnen Paragraphen soll vor dem Wort „Ziegenfell“ das Wort „roh“ und statt des Wortes „Häute“ das Wort „Rohhäute“ gesetzt werden (wodurch viele Ziegenfelle und Häute von den Bestimmungen ausgeschlossen werden). Von der beantragten Einschaltung der Worte „nach Möglichkeit“ vor „in besonders verschließbaren Lagerräumen“ wird abgesehen, nachdem der Vorsitzende einfach erklärte, daß man gar keine besonderen Lagerräume einrichte, sondern nur einen verschließbaren Lattenverschlag von dem allgemeinen Verkehrsraum abzusondern braucht. Ebenso erklärte der Vorsitzende eine Streichung des Satzes „sie (die Häute) dürfen insbesondere unzulässige Erschütterungen nicht ausgeht werden“, für nicht nötig. Denn Manipulationen bei Umlagern und Transport fielen nicht unter diese Bestimmung.

So wußte man, nachdem andere unbequeme Bestimmungen schon vorher aus dem Entwurf ferngehalten waren, nicht nur die Zustimmung auch der Inhaber der kleineren Betriebe zu der neuen Fassung des Entwurfs zu erhalten und damit zugleich die Zustimmung des R.-B.-A. zu erlangen, sondern auch den Beifall des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie, der nun in seinem Geschäftsbericht für 1907 schrieb: „Wir können in dieser Frage einen Erfolg des Zentralvereins insofern feststellen, als, wenn wir nicht eingegriffen hätten, wahrscheinlich Vorschriften zur Einführung gelangt wären, die die Lederindustriellen Betriebe, soweit sie rohe Schaf- und Ziegenfelle sowie trockene ausländische Rohhäute verarbeiten, stark belastet haben würden, ohne daß den Arbeitern mehr Vorteile daraus erwachsen wären als aus dem jetzt festgelegten Entwurfe.“

Ob die Arbeiter von diesem durch das Verhalten der Berufsgenossenschaft und das Eingreifen des Zentralvereins so eingeschränkten Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften einen Vorteil, d. h. eine Abnahme ihrer Anfälle und der Milzbrandinfektionen erfahren werden, das muß erst die Zukunft lehren. Aber die hier in möglichster Kürze wiedergegebenen, länger als sieben Jahre eine notwendige Verordnung hindertenden Einwendungen, Einschränkungen und Abschwächungen der Arbeitgebervereini-

gungen zeigen, mit welcher Hartnäckigkeit diese jede Verbesserung der Lage der Arbeiter hinzuhalten und zu kürzen suchen und wie richtig das von einem Regierungsvertreter ausgesprochene Wort war: „Wir arbeiten ja doch nur für Sie“.

Aus Nah und Fern.

Auch eine soziale Einrichtung. Wie die sozialen Einrichtungen der Scharfmacherverbände beschaffen sind, davon gibt folgende, dem „Mannh. General-Anzeiger“ entnommene Notiz Aufschluß: „In der kürzlich stattgefundenen dritten ordentlichen Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Süddeutscher Industrieller wurde außer der Herausgabe eines Export-Adressbuches die Verleihung von Arbeiter-Medaillen als soziale Einrichtung des Verbandes beschlossen. Die Medaillen sollen auf Antrag von Verbandsmitgliedern an von diesen beschäftigte Arbeiter verliehen werden, wenn die zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeiter 20 Jahre lang ununterbrochen in demselben Betriebe tätig gewesen sind.“ Die Herren Industriellen scheinen bei dem Arbeiter den gleichen Heißhunger nach Medaillen, Orden usw. vorauszusetzen, wie er manchen unter ihnen selbst eigen ist, wenn er bei hohen und höchsten Anlässen wehmütige Blicke auf seine leeren Knopflöcher wirft. Für den Arbeiter ist von jeher die Hauptfrage gewesen, daß er einen auskömmlichen Lohn erhält und ihm das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesichert ist. Auf den Medaillenklimmbim verzichtet er gern und überläßt die Sehnsucht und das Verlangen nach Anerkennung für geleistete Dienste in dieser Form ruhig anderen Leuten. Übrigens recht kennzeichnend für den Verband süddeutscher Industrieller, daß er den Medaillenhumbug als „eine soziale Einrichtung des Verbandes“ bezeichnet! Mehr Schindluder läßt sich wahrlich nicht mit dem Wort treiben, die Herren haben damit bewiesen, wie sie soziale Einrichtungen einschätzen.

Künstliche Belebung des Sedantummels. Der preussische Unterrichtsminister hat jetzt wieder einen Erlaß an sämtliche königliche Provinzial-Schulkollegien und sämtliche königliche Regierungen gerichtet, in dem diese veranlaßt werden, daß in allen unterstellten Schulen der Brauch einer Feier des Sedantages beibehalten wird. Es ist, heißt es darin, bisher in den preussischen Schulen allgemein guter Brauch gewesen, am Sedantage unter Ausfall des Schulunterrichts eine entsprechende Feier zu veranstalten. — Was sind doch die großen Pädagogen und Erzieher, die großen Denker, die das Volk zur Liebe und Wahrheit und Schönheit erziehen wollten, für Stümper. In der glorreichen Ara preussischer Erziehungserfolge ist es „guter Brauch“, alljährlich mit Begeisterung das Blutvergießen, das Morden, Würgen und Brennen zwischen den Völkern zu feiern.

Wieder ein Kriegerverein, der sich reinigt. In Posen, Kreis Waldenburg, wurde ein alter Mann aus dem Kriegerverein ausgeschlossen, der dort 40 Jahre Mitglied gewesen ist. Der Grund hierfür lag darin, daß der alte Krieger sich vor seinem Lebensende noch zur Sozialdemokratie bekehrte und bei der letzten Landtagswahl sozialdemokratisch gestimmt hat. Der Alte ist jetzt Mitglied des sozialdemokratischen Vereins geworden und glaubt, einmal auch ohne die Völkerschiffe des Kriegervereins im Grabe Ruhe zu finden. — Mit ihm zu gleicher Zeit wurde aus demselben Anlaß noch ein anderes Mitglied ausgeschlossen, das bereits zehn Jahre lang seinen Beitrag im Kriegerverein gezahlt hatte.

Wer den Selbstmord des Bürgermeisters Dieterici in Roda entzweien will der „Altenburger Volkszeitung“ folgende Einzelheiten: Dieterici war seit etwa zwei Jahren im Amte und erfreute sich namentlich in den Kreisen des sogenannten niederen Volkes einer großen Beliebtheit und weitgehenden Vertrauens. Der Verstorbenen war ein Ehrenmann durch und durch, dem; mancher arme Gemeindegeldbesitzer eine stille Träne der Trauer nachweinen wird, denn er hat so manchem armen Teufel geholfen, soweit er helfen konnte. Mehr als einem hat er Geld für Steuern, Schulgeld, Miete, Arzt und Apotheke gegeben, ohne daß er deswegen Anspruch auf Dankbarkeit erhoben hat. Wegen seiner Menschenfreundlichkeit, Nächstenliebe und Opferbereitschaft, wegen seiner aufrichtigen, jeder byzantinischen Speichelkererei abholden Art stand er sich mit den nationalen Knallproben nicht zum besten. Dieterici ist das Opfer eines militärischen Ehrenhandels geworden. Gelegentlich der diesjährigen Geburtsfeier für Wilhelm II. hatte er eine Auszeichnung mit dem Offizier des Meldeamts, v. Monteton; das Ende soll eine Forderung des sich in seiner Offizierslehre gebrannt fühlenden Herrn v. Monteton an den Bürgermeister gewesen sein, die dieser aber abgelehnt habe. Bürgermeister Dieterici, der in glücklicher Ehe gelebt und Vater von drei Kindern war, von denen das jüngste vier bis fünf Jahre alt ist, empfand offenbar eine viel zu hohe Achtung vor dem Geseß, das den Zweikampf mit tödlichen Waffen verbietet, als daß er sich zu einer Mißachtung desselben hätte bestimmen lassen. Viele Hochachtung vor dem Geseß zog aber böse Folgen nach sich. Das Offiziers-Ehrengericht befakte sich mit der Sache, und was das zu bedeuten hat, weiß man ja aus anderen Fällen zur Genüge. Dieterici, der Referendarius war, mußte den Rock ausziehen. Herr Dieterici wurde gesellschaftlich boykottiert, d. h. die besser gekleideten Leute in Roda stellten den Verkehr mit ihm ein, weil er dem Geseß gehorsam war. Für den letzten Montag hatte sich der Herzog von Altenburg zum Besuche gemeldet, und alles, was in Roda und Umgebung nur halbwegs Rang, Namen und Titel hat, war mit einer Einladung zum Mittagessen am Tisch Ernst II. bedacht worden. Nur der Bürgermeister der Stadt, der Ernst II. seinen Besuch zugebacht, war nicht eingeladen worden. Noch mehr! Von maßgebender Stelle aus hatte man dem übergangenen Bürgermeister nahe gelegt, sich vor dem Eintreffen Ernst II. auf Urlaub zu begeben. Dieser Wunsch soll von einer hohen Stelle ausgegangen sein. Dieses war dem Manne zuviel: er nahm sich den guten Rat zu Herzen und ging in Urlaub nach einem Lande, von dem es keine Wiederkehr mehr gibt. Am Freitag v. M. wurde seine Leiche in Jena verbrannt. Das ist das Ende einer Tragödie, entstanden aus einem verkehrten Ehrbegriff.“ Ernst II. hat seinen angekündigten Besuch abgelaßt. Ob man ihn wohl von dem wahren Sachverhalt unterrichtet hat? Vielleicht, vielleicht auch nicht!

Die Kamera als Detektiv. Nach einer Mitteilung des Patentbureaus Ripp u. Wüttner, Hamburg, ist kürzlich ein Patent erteilt worden, das zwar nicht direkt darauf abzielt, den Einbruchdiebstahl zu verhindern, den Einbrecher aber dadurch unschädlich zu machen sucht, daß er in flagrant photographiert wird. Ist diese Einrichtung wohl kaum das Ideal einer Diebesicherung, so ist es doch interessant, wie diese Photographierung des Einbrechers vor sich gehen soll. Neben oder an der zu schützenden Tür ist hinter einer verdeckten Öffnung eine Kamera angebracht, und an einem an die Kamera angelegten Hebelgehänge ein in das Schlüsselloch hineinragender Stift vorgehängt. Wird versucht, die Tür mit einem Dietrich oder Schlüssel zu öffnen, so wird durch

den in das Schließloch ragenden Stift das Hebelgestänge bewegt, dadurch die die Öffnung, hinter der die Kamera steht, verdeckende Platte verschoben, ein Licht entzündet, und somit eine photographische Aufnahme gemacht und schließlich die Öffnung wieder verschlossen. Damit der berechnigte Wohnungsinhaber nicht etwa auch als Einbrecher photographiert wird, ist eine Einrichtung getroffen, um dieses photographische Atelier zeitweilig außer Tätigkeit zu setzen.

Wieder ein Bankräuber. Der Agent Joachim des Vorschussvereins in Labenburg hat dem Vereine 100 000 Mk. unterzogen. — Der Reichsverbandspresse zur gefälligen Beachtung!

Ein sächsisches Kleinstadtbild. Aus Sachsen-Meinungen bringt die „Dorfzeitung“ in ihrer Nummer vom 22. August folgende hübsche Schilderung: Der Korbflechter S. in Laburg, ein Mann mit städtischer Vorstrafenliste, der bei der Bürgererschaft in großem Respekt steht, weil er einmal einen totgeschossen hat, besitzt eine Hündin, deren vorgeschriebene Besteuerung er unterließ, vermutlich, weil ihm derartige Einrichtungen unheimlich sind. Die versuchte Pfändung war ohne Erfolg. Das Bürgermeisteramt beschloß daher: „1. In Gemäßheit der Bestimmungen des Hundesteuergesetzes ist die Hündin des S. zu töten. 2. Der städtische Abdecker S. erhält den Befehl, den Befehl unter Ziffer 1 zu vollziehen.“ — Als der städtische Abdecker S., ein kräftiger Mann mit roten Wangen, diesen Befehl erhielt, wurde er blaß. Nachdem er sich gefaßt hatte, sagte er nur: „Er beehft!“ und vollzog den Befehl nicht. Hierauf beschloß das Bürgermeisteramt: „Der städtische Polizeibehälter hat hiermit den Befehl unter Ziffer 1 zu erledigen.“ Dieser, ein städtischer Mann mit schmucker Uniform, einem langen Degen mit glänzendem Portepée an der Seite, schloß sich jedoch den Einwendungen des Abdeckers an. Auch seine Parole lautete: „Er beehft!“ — und es blieb beim alten. Dieses geschah im Frühjahr dieses Jahres. Es beginnt nunmehr zu herbsten. Herr S. hat inzwischen seine Steuerschuld noch nicht bezahlt. Hingegen hat er zwei Hunde, die zu der ungesteuerten Hündin „senfieren“ gingen, erschossen und vier andere Hunde durch Schüsse verlegt. Das Bürgermeisteramt sinnt dauernd nach, wie es seine Pflicht unter Ziffer 1 des Beschlusses verwirklichen könnte. Herr S. steht in den Augen der „Bürger“ mit neuer Gloriole umgeben auf der Höhe der Situation. Die Ovationen, wie sie jetzt dem aus dem Gefängnis entlassenen Hauptmann von Köpenick in Berlin und in Niedorf dargebracht werden, feuern vielleicht unsere „Bürger“ zu gleichem Tun dem Helden dieser Geschichte gegenüber an.

Dreißter Räuberstreich. Ein einzelner Räuber hat am Montag elf Poststücken im amerikanischen Pellosone

Nationalpark angehalten und 128 Ausflügler ausgeraubt. Er erbeutete 10 000 Dollars, eine Menge Uhren und Schmuck. Die Räuberzettel sind in einem abgelegenen Teil der Landschaft erfolgt. Wenn ein Wagen heran kam, tauchte der Banbit aus dem Busch auf und zwang die Reisenden mit erhobenem Gewehr, die Wagen zu verlassen. Ein Widerstand wäre nutzlos gewesen, weil den Besuchern des Nationalparks das Mitführen von Waffen nicht gestattet ist. Der Räuber plünderte Männer, Frauen und Kinder schonungslos und nahm alles, was Wert hatte, an sich. Einen der Reisenden zwang er, ihm den Sack zu halten, in dem er den Raub ansammelte. Die Reisenden blieben alle unverletzt, ausgenommen einer, der gelacht hatte; diesen schlug der Räuber mit dem Gewehr vor den Schädel. Auf Fragen antwortete er deutsch, sein Alter scheint 50 Jahre zu sein. Nach dem Überfall verschwand er im Walde. Die Regierung hat Truppen ausgesandt, ihn zu fangen.

Letzte Nachrichten.

Wacha (Sachsen-Weimar), 27. August. Auf dem benachbarten Kalischacht der Gewerkschaft Heringen brach heute nachmittags Wasser durch. Die auf der Schachtsohle arbeitenden Leute konnten sich mit großer Mühe retten, dagegen erkrankte der Obersteiger Vormann bei den Rettungsarbeiten.

Hoffen, 27. August. Wie das „Meißener Tageblatt“ meldet, sind in der dortigen städtischen Kiesgrube, aus der gegenwärtig das Material zum Bahnbau entnommen wird, heute früh gegen 8 Uhr zwei Arbeiter durch hineinstürzende Massen verschüttet und getötet worden.

Bromberg, 27. August. Der 23jährige Sohn der Witwe Dieblich in Tremessen wurde Dienstag abend von einem Fleischergehilfen ermordet. Der Täter wurde verhaftet.

Beuthen (Oberschlesien), 27. August. Direktor Postle von der Spar- und Darlehnskasse in Heiduck stellte sich nach Unterschlagung von 10 000 Mk. der hiesigen Staatsanwaltschaft.

Biburg (Niederbayern), 27. August. Ein Mäher hat den andern im Streit mit einem einzigen Sensenhieb in den Hals niedergeschlagen und ihn auf dem Felde verbluten lassen. Der Totschläger, ein Tagelöhner, ist entkommen.

Stuttgart, 27. August. Der Photograph Ulmer aus Feuerbach hat seine beiden Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren auf einem Spaziergange erschossen und die Leichen unter einer Brücke bei Böblingen versteckt. Er hat

dann von Genua aus seine Frau von der Morbidat benachrichtigt und mitgeteilt, daß auch er aus dem Leben scheide. Die Leichen wurden an der bezeichneten Stelle gefunden.

Christiania, 27. August. Die Zahl der bei dem Schiffbruch der „Folgefanden“ Verunglückten steht noch nicht fest, wird aber auf etwa vierzig geschätzt. Mehrere Verunglückte von Tauchern, in das Innere des Schiffes einzubringen, sind mißlungen. Das Schiff liegt auf der Seite mit aufgerissenen Boden. Bisher sind erst vierzehn Leichen gefunden.

Madrid, 26. August. Der Bürgermeister von Marcon Dr. Tortosa ist unter der Beschuldigung, zahlreiche Morde begangen zu haben, verhaftet worden. Bis jetzt sind ihm neun Morde zur Last gelegt worden; darunter der Tod seines Schwagers, seiner Schwiegermutter, des Eigentümers seines Hauses sowie sechs anderer Personen. Eine junge Arbeiterin tötete er und warf die in Stücke geschnittene Leiche in einen Fluß.

Mac (Oklahoma), 27. August. Das im Kohlenbergwerk von Bailey-Wille ausgebrochene Feuer ist für eine größere Anzahl von Bergleuten verhängnisvoll geworden, als zuerst angenommen wurde. 26 Leichen wurden bereits geborgen. Man nimmt an, daß 30 Bergleute erstickt sind. Das Feuer sprang auf Stäbe über und die Vorrichtungen, durch die sie aufgewunden werden sollten, zerbrachen.

Schiffsnachrichten.

„Pracis“ ist gestern von Ruffö auf hier abgedampft.

„Pehr Brahe“ ist gestern nachmittags von Hangö auf hier abgegangen.

Sternschau-Viehmarkt

27. August.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1168 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 62 Mk., leichte 63—63½ Mk., Sauen 56—59 Mk., Ferkel 59—62 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.

S. S. komme 5½ Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Mittwoch nachmittags 2 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Eliese Sohst

geb. Schmidt

im 60. Lebensjahre. Tiefbetrauert von mir, meinen Kindern und allen, die ihr nahe standen.

Ernst Sohst.

Beerdigung Sonnabend nachmittags 3¼ Uhr von der Kapelle Bornwerk aus.

Segler-Club „Hansa“

Dienstag entschlief unser Mitglied

Ludwig Jürgens.

Antreten zur Trauerfeier Sonnabend, d. 29. Aug., mittags 11½ Uhr, bei unserm Mitglied Gloe, Louisenlust.

Der Vorstand.

Parterre-Zimmer für 2 junge Leute zu verm. Greveradenstr. 7, p., Ecke Klappenstr. 3-Zimmer-Wohnung (abgeschl. Etage) zu vermieten.

Langer Lohberg 30—32.

Größere Fisch-Konservenfabrik

sucht baldigst einen tüchtigen

Arbeiter

welcher mit dem Einkochen von Heringen, Hal zc. genau vertraut ist und selbständig arbeiten kann.

Angebote unter D G P an die Annoncen-Expedition B. Petersen, Altona.

Kaufmädchen gesucht.

Percevalstr. 39, I.

Eine junge Frau wünscht Wäsche im Hause zu waschen.

Langer Lohberg 36/4.

Zu verkaufen ein altertümlicher Meidericher Hof.

Georgstr. 14a.

Zu verkaufen 1 Haus in der Segebergstraße mit 4 abgeschl. 2-Zimmer-Wohnungen.

Näh. Gendebstr. 30, part.

Eine 1½schlägige Bettstelle zu verkaufen.

Waijenhoffstr. 23, I.

Billig zu verkaufen 1 Bettstelle, 2 Tische, Stuhl, Lampe, Sängelampe.

An der Mauer 34, part.

Großer Arad. Sandwagen

zu verkaufen

Koß 20.

Ein fast neuer Koffert-Gewehr billig zu verkaufen.

Augustenstr. 18a, I.

Wegen Fortzug 15 Stück Hamb. Kaffeetassen äußerst billig zu verkaufen.

Friedenstr. 30.

Verloren in der Krähenstraße ein silbernes Schlüssel, gezeichnet „Heinrich“.

Krähenstraße 9.

Martin Bath, Schuhmacher

Schönkampstr. 3b, Hinterhaus links.

Schuhreparatur- u. Mal-Esschiff. Reparaturen werden schnell und sauber zu selben Preisen ausgeführt.

Feine grosse Fettheringe
3 Stück nur 10 Pfennige,
delikate Matjes - Heringe
delikate Sommerfang - Heringe
in Originaltonnen und kleinen Gebinden.
la. neue Magdeburger Salzgurken.
T. Buhrmann, Holstenstraße 23, 153. Fernsprecher

Riesig billig! Riesig billig!
Grosser Posten Holländischer Käse
Pfund nur 60 Pfg.
Grosser Posten Allg. Schweizer
Pfund nur 60 Pfg.
Ed. Speck, Hürstraße 80 u. 82.

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt **Otto Albers** Kohlm.
4. 10.
3. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an,
Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
OO Rote Lubeca-Marken. OO

Hygienische Artikel
(Gummimwaren)
erhalten Sie am besten und billigsten bei
W. Pusback, Lübeck, Königl. 46.

Herren-Arbeitsschuhe,
Schnür- u. Schnallen- 4.90, 5.90, 6.25 Mk.
Herren-Schnür- Zug- u. Schnallenstiefel
6.25, 6.90, 7.25 Mk., ganz frische Ware,
sowie sämtliche besseren Herren-,
Damen- u. Kindersachen billig.
Heinrich Beckmann
Kellerstraße 6
Reparatur-Werkstatt. — Handarbeit.
Rote Rabattmarken.

Kakao
garantiert rein,
pro Pfund Mark 1.00 und 1.20.
H. Bülck
Kaffee- und Teehandlung.
Fernsprecher 149. Breitestraße 54.
Jeden Sonnabend

heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hürstraße 96.

Preisselbeeren
Sahn- und Pösterband,
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
T. Buhrmann, Holstenstr. 23.

Von heute ab bis auf weiteres gebe ich auf
ein Pfund Margarine
einen großen
Erteller gratis
Huxstraße 40.
C. Burekhardt.

Käse
Holländer, vollfetter Pfd. 60 Pfg.
Tilsiter „ 60 „
Schweizer „ 80 „
T. Buhrmann, Holstenstr. 23.
Rote Lubecamarken.

Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Knackwürste
von H. Grube-Lübeck.
H. Schwarz, Schwartauer Allee 191.
Jeden Sonnabend abend von 6 Uhr an
warme Knackwurst.
L. Kuntzel, Blücherstraße 22.

Pr. fetter Speck, Pfund 80 Pfg.
Pr. magerer Speck, Pfund 80 Pfg.
Pr. weißes Schmalz, Pfund 65 Pfg.
Obiges bei Abnahme von 4 Pfd. pro Pfd.
5 Pfg. billiger.
Pr. geräuch. Rollschulter Pfd. 80 Pf.
geräuch. Schweinsbacken, ohne Knochen 70 Pfg.
Ba. Ruheuter Pfd. 50 Pfg.
M. Lahrtz, Götterstr. 16.
Schlachtere u. Würstfabrik in elektr. Betrieb.

Empfehle
sämtl. Fleisch- u. Wurstwaren
in bester Qualität.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
heiße Knackwurst.
Oscar Keil
Schlachtere u. Würstmacherei in elektr. Betr.
Schwart. Allee 65, Ecke Westhoffstr.
Fernsprecher 1447.

Empfehlen:
la. junges kernfettes Rindfleisch 60 Pfg.
„ Bratenstücke 70 „
„ Schweinefleisch 70 u. 75 „
„ junges Hammelfleisch 75 „
„ Kalbfleisch von 60 Pfg. an.
„ Gulasch 70 Pfg., Rollfleisch 80 Pfg.
„ Scheiben - Beefsteak 1.— Mk.

sämtliche Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
heisse Knackwurst.

H. Schmalfeld & W. Wamerow
Schlachtere und Würstmacherei,
Reiferstraße 26.
Geräucherte Mettwurst Pfd. 80—100 Pf.
Leberwurst u. Gefachte „ 70—80 „
Braunschweiger Pfd. 60 Pf.
Fetten und mageren Speck Pfd. 80 Pf.
Marmelade Pfd. 30 Pf.
Braune Pfefferwürste Pfd. 40 Pf.

Joh. Beutin
Hürstraße 42.
Rote Rabattmarken.

Tilsiter Käse Pfd. 25 Pfg.
Schöner fetter
Mariätkäse Pfd. 30 Pfg.
la. geräucherten fetten und mageren
Speck
pro Pfd. 80 Pfg.
Schinken in Stücken Pfd. 1.— Mk.
Lönnmann & Co.
Königstrasse 127.
Rote Lubeca-Rabattmarken.